

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 4.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag, und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahmen nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 24. Januar 1913.

Insertionspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1545. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

## Die Tarifbewegung am Wendepunkt.

Die Aussichten, friedlich die diesmalige große Tarifbewegung zu erledigen, die schon in den letzten Wochen keine allzu guten waren, sind zur Zeit vollständig geschwunden. Gut, daß unser Verband von dem Gang der Dinge nicht überrascht wird. Schon vor mehreren Jahren hat die Verbandsleitung in Konferenzen und anderen geschlossenen Zusammenkünften auf den wahrscheinlich im Jahre 1913 kommenden Kampf hingewiesen und die Mahnung ergehen lassen, sich darauf einzurichten. Diese Mahnung ist, Gott sei Dank, von unsern Mitgliedern nicht in den Wind geschlagen worden. Hauptkassen- und Ortskassenbeiträge wurden auf eine Höhe gebracht, die es dem Verband ermöglichen, mit einem Barvermögen von 1/2 Millionen Mark den kommenden Dingen ruhig entgegenzusehen.

Wie wohl die meisten Mitglieder schon aus der Tagespresse werden gelesen haben, sind die letzten, am Donnerstag, den 16. Januar in den Räumen der Berliner Handwerkskammer stattgehabten Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen vollständig gescheitert.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung unterbreitete der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Herr Kahardt, den Arbeitnehmervertretern schriftlich Bedingungen der Arbeitgeber, die in den einzelnen Orten zugestehen wollten. Danach sollen erhalten die Städte:

Kiel am 1. Okt. 1914 1 Pfg. und 1. Okt. 1915 1 Pfg. und keine Verkürzung der Arbeitszeit. — Barmen, Berlin, Braunschweig, Braunschweig, Burg, Köln, Danzig, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Eberswalde, Eberswalde, Guben, Halle, Hannover, Harburg, Heide, Jägerndorf, Leipzig, Lübeck, Lüneburg, Meissen, Rendsburg, Magdeburg, München, Oldenburg, Potsdam und Ravensberg, Rendsburg, Spandau, Steinhilber, Thorn, Zeitz, Zittau, Großschönau, Großitz, Hohenstein und Bernau am 1. Okt. 1913 1 Pfg., am 1. Okt. 1914 1 Pfg. und am 1. Okt. 1915 1 Pfg. und keine Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Städte Amberg, Beuthen, Bromberg, Krefeld, Erfurt, Göttingen, Greifswald, Hildesheim, Meise, Schwerin, Stargard und Lubbenau sollen erhalten am 1. Okt. 1913 1 Pfg., am 1. Okt. 1914 1 Pfg., am 15. Februar 1915 1 Stunde und 1 Pfg. für Ausgleich und am 1. Okt. 1915 Pfennig.

Endlich soll Posen bekommen am 1. Juli 1913 1 Stunde und 1 Pfg. Ausgleich, am 1. Okt. 1913 1 Pfg., am 1. Okt. 1914 1 Stunde und 2 Pfg., davon 1 Pfg. Ausgleich, und am 1. Okt. 1915 1 Pfg.

Die Vertragsdauer soll eine dreijährige sein. Damit wird bezweckt, eine der vier Vertragsgruppen zu betreffen. Wie Herr Kahardt weiter erklärte, verlangen die Arbeitgeber unter allen Umständen für alle Orte mit bis 4 stündiger Arbeitszeit, von den Arbeitern den Verzicht auf eine weitere Verkürzung während der diesmaligen Vertragsperiode.

Für alle Verträge sollen folgende Bestimmungen Geltung haben:

Afforde finden sinngemäße Erhöhung; wo bessere Bedingungen bestehen, kann die Erhöhung aufgerechnet werden.

Die bis jetzt gezahlten Aufschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie Montagearbeit, bleiben bestehen.

Die festgesetzte Arbeitszeit muß pünktlich eingehalten werden; das Rüsten zum Verlassen der Arbeit vor der festgesetzten Beendigung, sowie die verspätete Aufnahme derselben ist unstatthaft. Eine zu spät angefangene oder nicht vollendete Stunde kann in Abzug gebracht werden.

Arbeit der Schiffer nach Feierabend auf eigene Rechnung ist untersagt.

Die Bedingungen der Arbeitgeber bestehen endlich noch einer Reihe Abänderungen zum Berliner Vertrag, von denen wir nur die eine in bezug auf den obligatorischen Arbeitsnachweis anführen wollen:

„Die Vertragskontrahenten verpflichten sich, den gemeinsamen Arbeitsnachweis Gormannstraße 13 oder dessen Filialen in erster Linie zu benutzen. Die Arbeitgeber haben ihre offenen Stellen melden und die arbeitslosen Holzarbeiter müssen sich im Nachhinein an den arbeitslosen Holzarbeiter stellen, so steht es den Arbeitgebern frei, einen ihnen geeignet erscheinenden arbeitslosen Holzarbeiter zu stellen, doch muß dem Nachweis innerhalb 2 Tagen unter Vorlegung eines noch näher zu bestimmenden Ausweises der eingelegenen arbeitslosen, Mitteilung von der Einstellung gemacht werden.“

Abgesehen von der Beseitigung des obligatorischen Arbeitsnachweises — diese verlangt unser Verband nicht allein für die Arbeitgeber, sondern auch für die Arbeiter — konnten die Arbeitnehmervertreter auf die Bedingungen selbstredend nicht eingehen. Und so wurden die Verhandlungen, wohl die kürzesten die bis dahin stattgefunden, resultatlos abgebrochen.

Wir stehen also im Holzgewerbe, das in den letzten Jahren meist friedlich seine Tarifbewegungen erledigen konnte, diesmal vor einer sehr ernsten Situation, vor einem Kampfe, wie wir ihn bis jetzt noch nicht in solcher Ausdehnung zu verzeichnen hatten. In der „Fachzeitung“ vom 19. Januar veröffentlicht Herr Kahardt bereits die Kampfmaßnahmen für die Arbeitgeber:

„So sehr wir die Zuspitzung der Verhältnisse auch bedauern, und so gern wir auch den Frieden in unserem Gewerbe erhalten hätten, so bleibt uns doch nach Ablehnung unseres Angebotes, mit dem wir schon weit über die Grenze unserer Leistungsfähigkeit gegangen sind, nichts anderes übrig, als am 15. Februar zur Aussperrung zu greifen.“

Unsere Mitglieder haben sich deshalb in der Vergabe neuer Aufträge so einzurichten, daß alle in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter, und zwar ohne Rücksicht auf deren Organisationszugehörigkeit, am 16. Februar entlassen werden können.

Mit dem gleichen Tage tritt auch der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 3. Januar in Kraft, nach welchem kein Verbandsmitglied Aufträge aus den gesperrten Städten annehmen darf.

Diejenigen unserer Mitglieder, welche unter den bis 1914, 15 und 16 laufenden Verträgen weiter arbeiten, dürfen nach den 51 Vertragsgebieten, für welche die Aussperrung eintritt, weder Agenten und Reisende entsenden, keine Anzeigen erlassen, noch auf irgendwelche Art Aufträge entgegennehmen.

Unter gar keinen Umständen aber dürfen während der Aussperrung fremde Arbeiter eingestellt werden!

Die Herren Vorsitzenden unserer Bezirksverbände haben die Pflicht, ihre Mitglieder auf die vorstehend kurz aufgeführten Beschlüsse aufmerksam zu machen und eine Kontrolle der Betriebe vorzunehmen. Zuwiderhandlungen sind unerbittlich mit Ausschluß zu ahnden; indessen hoffen wir, daß die Ehrenhaftigkeit und Solidität unserer Berufsangehörigen derartige Maßnahmen überflüssig machen wird!

Angesichts der ersten Situation und der großen Bedeutung, die der Ausgang der Bewegung haben wird, richten wir an alle Mitglieder die dringende Bitte, sich nirgendwo zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. Haltet Euch streng an die Weisungen der Verbandsleitung und an die Satzungen! Wir haben den Kampf nicht gewollt und sind auch heute noch der Ansicht, daß er sich bei einigem guten Willen vermeiden ließe. Der obligatorische Arbeitsnachweis scheidet für uns als Streitgegenstand aus, weil wir dessen Beseitigung ebenfalls fordern. Ueber die Arbeitszeitverkürzung ließe sich auch eine Verständigung erzielen, wenn in die Einzelberatung eingetreten würde und die Arbeitgeber nicht strikte erklärten, sie lehnten jede Verkürzung unter 54 Stunden ab. Was die Vertragsdauer angeht, so gibt es eigentlich, außer der Beseitigung der vierten Vertragsgruppe, für die Arbeitgeber keinen plausiblen Grund, dreijährige statt vierjährige Verträge zu fordern. Im Gegenteil liegt eine längere Vertragsdauer auch sehr im Interesse der Arbeitgeber. Und nun die Lohnfrage. Daß in dieser Beziehung die Arbeiter sich mit den gebotenen Pfennigen, die zudem erst meistens am Jahresende im Oktober gegeben werden sollen, nicht begnügen können, sollten eigentlich auch die Arbeitgeber verstehen. Wenn die Arbeiter in der bei ihnen sich ganz besonders fühlbar machenden teuren Zeit einige Pfennige Lohnerhöhung fordern, fordern vom Arbeitgeber, weil sie von sonst jemanden nichts fordern können, dann geschieht das sicherlich nicht aus Uebermut. Wer das behauptet, der muß erst selbst den Beweis erbringen, daß er mit weniger Verdienst sich und die Seinen zeitgemäß unterhalten kann. Das Streben der deutschen Arbeiterschaft nach auskömmlichem Verdienst, wirtschaftlich vorwärts zu kommen, ist durchaus zu begrüßen.

Sollte es darum zum Kampfe kommen, so nehmen wir ihn mit gutem Gewissen auf. Die Verantwortung ruht nicht auf unseren Schultern. Wir werden die sehr berechtigten Interessen unserer Mitglieder nachdrücklich zu vertreten wissen. Diese werden erneut zeigen, daß bei ihnen die gewerkschaftlichen Tugenden, Disziplin, Solidarität und Opferbereitschaft nicht leere Worte sind.

## Was sollen wir von der Statistik wissen? (Ihre Bedeutung für unser wirtschaftliches und soziales Leben.)

Um auch denen, die sich einmal mit konstanter Besorgnis von den Zahlen abwenden, die Ergebnisse statistischer Untersuchungen näherzubringen, bedient man sich der graphischen Darstellung. Man will damit die Statistik popularisieren. An der Größe einzelner Dörfer zeigt man dem Landwirt, welchen Anteil die einzelnen Gebiete an der Viehhaltung haben. Je nach der Höhe der Schulden der einzelnen Staaten zeichnet man Männer mit entsprechenden Geldsäcken usw. Wir sind in diesen Dingen der Ansicht, daß die graphische Darstellung ein Hilfsmittel der Darstellung ist, daß sie ein Bild gibt, die wirklichen Ergebnisse aber niemals getreu wiedergeben kann. Mit Dr. Schott („Graphische Darstellungen“) kann man übereinstimmen: „Allzureicher Schmutz wirkt im Leben aufbringlich.“

Die Einteilung in die verschiedenen Arten ist nicht von großer Bedeutung. Birmingham zählt im Wörterbuche der Volkswirtschaft eine Reihe von Abteilungen auf. Unter dem Namen „Soziale Statistik“ faßt man gewöhnlich alle Abteilungen zusammen. Innerhalb dieser werden als Hauptgruppen Wirtschafts-, Kultur- und Bevölkerungsstatistik unterschieden.

In der neuesten Zeit hat sich im Anschluß an die amtliche auch die private Statistik kräftig entwickelt. Sowohl die Unternehmerverbände als auch die Arbeitnehmerverbände haben sich daran gemacht, Aufklärung über die Fragen unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu schaffen. Viele amtliche Statistiken beruhen auch auf den Erhebungen privater Verbände. Es sei hier nur auf das Zusammenarbeiten des privaten Verbände mit dem Kaiserlichen Statistischen Amt hingewiesen. In den Publikationen des „Reichsarbeitsblattes“ erhalten wir einen Niederschlag jener gemeinsamen Arbeit.

„Ja, die amtliche Statistik, die ist einwandfrei und daher beweiskräftig“, wird behauptet; aber von der privaten Statistik könne dies nicht oder nicht in dem Maße wie von der amtlichen behauptet werden. Gewiß, ein Unterschied zwischen diesen beiden Arten von Statistik vorhanden. Die staatlichen Erhebungen werden zumeist durchgeführt auf Grund des Fragerechts und der Antwortpflicht. Sie umfassen den Personenkreis oder die wirtschaftlichen Erscheinungen vollständiger. Am vollständigsten sind die Ergebnisse der Volks-, Gewerbe- und Berufszählungen. Aber auch diese sind keineswegs so ganz fehlerfrei, wie oft angenommen wird, auch sie enthalten Fehlerquellen. Noch unsicherer sind die Ergebnisse der Erntestatistik, der Preisstatistik usw. Sehen wir von der Zwangsgewalt des Staates bei der Durchführung einer Statistik ab, so ist die amtliche Statistik der privaten nicht sehr viel voraus. Alle Veröffentlichungen der privaten unterliegen der Kritik der Öffentlichkeit. Sie sehen daher in der Regel darauf, daß auch ihre Statistiken einwandfrei zu stande kommen. Die Erhebungen werden von kundigen Personen vorgenommen und von statistisch geschulten Personen wird das Material verarbeitet. Leider ist bei manchen Mitgliedern der privaten Verbände noch nicht die richtige Einsicht für den Wert solcher Erhebungen vorhanden. Die ausgesandten Fragebogen werden oft nicht in der wünschenswertesten Vollständigkeit beantwortet. Die Ergebnisse derartiger Erhebungen haben immerhin ihren Wert und sie tragen sehr viel dazu bei, daß die wirtschaftliche Lage ganzer Volksschichten besser geklärt wird. Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse ist aber darauf zu achten, daß die Art der Erhebung, die absoluten und relativen Zahlen der an der Beantwortung Beteiligten genannt wird, um eine richtige Beurteilung der Erhebung zu ermöglichen.

Ueber die Fehlerquellen, von denen vorhin die Rede war, sind wir dem Leser noch einige Aufklärungen schuldig. Der Statistiker Dr. W. Böhmert hat darüber folgendes geschrieben: „Ich glaube, wir müssen den idealen objektiven Statistiker in das Reich der Fabelwesen versetzen und uns mit der Tatsache abfinden, daß wir es auch bei einem Statistiker mit einem Manne zu tun haben, der das Produkt seiner Zeit, seiner Umgebung, seiner Erfahrung und seines Nachdenkens ist. Wir müssen daher stets die kritische Sonde anlegen und uns über die möglichen Fehlerquellen klar werden. Hinter jeder Zahl eines statistischen Quellenwerkes steht im letzten Grunde ein Mensch mit allen seinen Fehlern und Tugenden.“ Der gewissenhafte Statistiker aber zeigt selber, wo seine Meinung hervortritt. Eine Statistik darf nur nicht im Abficht aufgestellt werden, eine bereits vorhandene Meinung zu beweisen. Der Statistiker muß mit der Objektivität des Richters an seine Aufgabe herangehen. Vom Richter fordert man Objektivität, ohne ihm das Recht der subjektiven Uebersetzung und Neigung abspornen zu wollen.

In der Vorrede zu dem ausgezeichneten Werke von Schnapper-Arndt („Sozialstatistik“) ist darauf hingewiesen, daß Dobio gelegentlich 14 Fehlerquellen, die aus dem Mangel an Uebereinstimmung in den handelsstatistischen Gepflogenheiten der verschiedenen Länder entspringen, aufzuzählen gewagt hat. Auch von der Sorgfalt (der frühere Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes) machte auf die Tatsache möglicher Fehler aufmerksam. Die Feststellung in großen Zusammenhängen ist

ein Notbehelf, um so mehr, als auch hier bei Gewerbe- und Berufszählung lediglich die Verhältnisse eines bestimmten Tages erfasst werden können. „Die Zählungen ergeben auf diese Weise nur Augenblicksbilder mit allen Zufälligkeiten, die dabei unvermeidlich sind.“ Er glaubt auch, daß manche der Zählung ohne Absicht entgangen sind, und daß Kinder gezählt wurden, die noch keinen Beruf haben. Das Gesagte über die Fehlerquellen trifft — mutatis mutandis — auch die Privatstatistik.

Nach der Fertigstellung einer Statistik erfolgt ihre Auslegung, ihre Bewertung zu Schließen. Der Geeignette ist hierzu ihr Bearbeiter, weil er ihre Vorzüge und Schwächen am besten kennt; er ist ihr geborener Ausleger. Doch der geschulte Volkswirtschaftler und Statistiker, der die Arbeit vielleicht mit anderen Augen ansieht als der Bearbeiter, kann diese natürlich auch auslegen und vielleicht noch auf Mängel hinweisen, die dem Bearbeiter entgangen sind.

Die Bedeutung der Statistik wird uns klar, wenn wir uns vor Augen halten, wie sie sich entwickelt hat. Die Ansprüche, die zur Zeit Adenwalls (1719—1772) an die Statistik gestellt wurden, waren auch nicht entfernt so groß wie heute. Bezeichnend ist, daß die Statistik damals die Lehre von den Staatsmerkwürdigkeiten und den Staatskräften war. Heute beschäftigt sie sich mit den Massen der Völker, und man spricht von Sozial- und Kulturstatistik. Als die Gebundenheit des Handwerks und der Hörigkeit aufgehoben war, wurde das Wirtschaftsleben verwickelter. Früher konnte der Handel- und Gewerbetreibende seinen Markt leicht übersehen. Das alles ist anders, viel unübersichtlicher geworden.

Die Kundenproduktion ist meist durch die Marktproduktion ersetzt. Es wird für den großen Markt des Landes produziert, ja sogar für den Weltmarkt. Die Produzenten wollen einen Ueberblick über den Weltmarkt: die Statistik bietet ihn. Ihre Bedeutung in wirtschaftlicher Hinsicht zeigt Böhmert: Eine Getreideernte in Chicago treibt den Preis für Getreide auch in Hinterindien in die Höhe. Die Erfindung einer Menschen ersparenden Maschine in Lancashire kann Tausende von Arbeitern in den deutschen Mittelgebirgen brotlos machen. Ein Irrtum über den Bedarf des Weltmarktes kann selbst für die größten Unternehmungen verhängnisvoll sein.

Durch eine systematische Bearbeitung der Statistik neuer Höhenwerte, der Preisstatistik usw. erhalten wir eine Einsicht in Gang unserer Volkswirtschaft, wie sie vorher nicht vorhanden war. Für die geschäftliche Praxis ist dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es ist zwar hier noch vieles zu bessern und anzupassen, gute Ansätze dazu sind reichlich vorhanden und dies läßt gute Aussichten zu.

Ebenso bedeutend sind die Fortschritte der Statistik auf dem engeren sozialen Gebiete. Sie hat das weltgeschichtliche Gesetz von neuem beschäftigt. Die niedrigere und anspruchslosere Lebenshaltung verdrängt die höhere. Insofern hat der neue Zweig der Statistik unsere Erkenntnis wesentlich bereichert. Die Umwandlung Deutschlands von einem mehr agrarischen zu einem mehr industriellen Staate hat neue Klassenstellungen mit sich gebracht. Die alten Klassen sind vielfach aus ihrem Bestände herausgebrängt worden, oder es ist ihnen schwerer gemacht worden, sich zu behaupten. Sie haben ihre alte Stellung wieder zu erhalten. Der Arbeiter, die ihnen das neue Wirtschaftsleben gebracht hat, sehen sie sich zu erwehren. Das Mittel, mit dem sie sich wieder in die Höhe bringen wollen, ist die Statistik. „Statistik“, sagen sie, „bei uns liegen die Dinge im argen (Beweis: Statistik, hilf uns.“ An der Hand der Statistik zeigen sie, welcher Art die Mißstände sind und mit welcher Häufigkeit sie auftreten.

Besondere Beachtungen verdienen die immer mehr auftauchenden Statistiken der Gewerkschaften und der

Privatangestelltenverbände über die wirtschaftliche Lage dieser Volksschichten. Die Arbeitnehmerverbände gehen in der Erkenntnis an die Erforschung der Zustände in den einzelnen Berufsarten heran, daß die Statistik das wirksamste Mittel zur Besserung der Lage ihrer Schutzbefohlenen ist. In sehr geistreicher und feiner Weise hat der schon mehrfach zitierte Autor (Dr. B. Böhmert: „Die Statistik und ihre Bedeutung für unser wirtschaftliches und soziales Leben“, Dresden, Verlag D. B. Böhmert) auf den Wert und die Bedeutung jener Verbandsarbeiten hingewiesen. So z. B.: „Daß später die Staatsumwälzungen weniger blutig geworden sind, verdanken wir sicher zum nicht geringen Teil der Tatsache, daß man sich der Statistik als einer Waffe bedienen lernte, die auf die Dauer wirksamer ist als Pulver und Blei und als der Theaterdomer großer Volksdemonstrationen. Die Statistik als Waffe der aufstrebenden Volksschichten — das ist der wichtige neue Zug, den unsere moderne Statistik gegenüber der früheren aufweist.“ Denn die aufstrebenden Schichten hätten auch immer die Massen für sich, und die Waffe würde nur durch Zahlen, d. h. durch die Statistik erfaßt, und komme sich selbst und den übrigen oft erst durch die Statistik zum Bewußtsein. Zu der Tatsachenfeststellung gehöre aber auch die Vergleichung mit ähnlichen Zuständen in anderen Berufen und Klassen oder in anderen Gegenden oder Staaten; die Aufzählung der Gründe, aus denen diese Zustände erwachsen seien; die Feststellung der Mittel, die uns zur Heilung der vorhandenen Schäden zu Gebote stehen und ihre Anwendung. An anderer Stelle werden diese Argumente noch vermehrt. Die Statistik dient den aufstrebenden Schichten dazu, ihre zahlenmäßige Bedeutung aufzuzeigen, und die Mißstände, unter denen sie leiden, vor aller Augen bloßzulegen. Es sei aber kein Wunder, daß diese Schichten nun den Wunsch hätten, die Waffe selbst in die Hand zu bekommen. Aber auch dem Frieden dient die Statistik: „Die Sozialstatistik bildet das soziale Gewissen unserer Zeit.“ Solange sie ihre Aufgabe mit Ernst und Gewissenhaftigkeit erfüllt, würde es keinen Stillstand der sozialen Reformtätigkeit des Staates und der Gesellschaft geben, und daher würden sich auch keine Zustände herausbilden können, in denen das soziale Unrecht ins unerträgliche gesteigert sei.

Zur Bekräftigung des eben Gesagten seien einige Beispiele genannt, die die Bedeutung der Statistik für unser soziales Leben ins rechte Licht setzen. Prof. Dr. Abbe hat durch Massenbeobachtung festgestellt, daß bei achtstündiger Arbeitszeit ebensoviel geleistet werden kann, als bei neunstündiger. Noch beweiskräftiger ist der Versuch ausgefallen, von dem L. S. Frommunt berichtet. Der plötzliche Uebergang vom zwölf- zum achtstundenarbeitszeit zeigte, daß daselbe, was früher in zwölf, nun in acht Stunden geleistet wurde.

Die Haushaltsstatistik lehrt, daß der Anteil der Nahrungsmittelausgabe an der Gesamtausgabe bei steigender Wohlhabenheit sinkt. Auch die neueste Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes hat das bereits von Engels gefundene Gesetz (die Ausgabe für Nahrungsmittel und Genussmittel ist um so größer, je geringer die Gesamtausgabe ist) von neuem bestätigt. Ebenso hat Schwabe durch die Statistik festgestellt: Je geringer das Einkommen ist, desto höher ist die Miethelast verhältnismäßig. Der Schöneberger Statistiker Kucynski hat erst vor kurzem wieder diesen Satz bestätigt.

Alles in allem: Trotz ihrer Mängel ist die Statistik das beste und sicherste Mittel, unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben zu erforschen. In ihrem Ausbau und ihrer vervollständigung bedürfen wir aber nicht nur geschulter Statistiker, sondern auch der Mithilfe breiter Volksschichten, die der Statistik Verständnis entgegenbringen. Jedes Gewerkschaftsmitglied ist daran interessiert, möge jedes seine Schuldigkeit tun, auch der Holzarbeiter.

### Vom Holzanbau.

Die natürliche Begründung eines Waldbestandes durch Samen wird gewöhnlich durch die Farnschlagwirtschaft eingeleitet. Der größte Vorzug der natürlichen Bestandesgründung besteht in Kulturkostenersparnis, die größte Schwachseite in Störungen im regelmäßigen Fortgange der Verjüngungen durch das oft lange Ausbleiben eines Samenjahres.

Der künstliche Holzanbau geht in der Regel mit dem Kahlschlagbetriebe Hand in Hand; die Abhängigkeit von dem Eintritt der Samenjahre entfällt. Die künstliche Bestandesgründung ist geboten, wenn es sich um die Aufforstung einer kahlen Fläche, die Bestockung einer Blöße im Walde, die Umwandlung eines Bestandes in eine andere Holzart handelt oder wenn die Sprengung einer Holzart in einen bereits vorhandenen Bestand bewirkt werden soll. Sie ist ferner als Beihilfe zur natürlichen Verjüngung unentbehrlich. Sie steht, außer im Kahlschlagwalde, auch für Kopp-, Schneid-, Waldselbbaubetriebe im Vordergrunde und verdient für die meisten Holzarten den Vorzug. Die beiden Hauptmethoden der künstlichen Bestandesgründung sind die Saat und die Pflanzung. Jede hat ihre Vorteile und Nachteile. Bei der Saat sind die Vorteile die, daß man auf die billigste Weise pflanzen, die sich anderweitig verwenden lassen, erzieht. Die Durchforstungs- und Lesefolgerträge fallen wegen des früheren Bestandeschlusses nicht nur früher, sondern auch in größerer Menge an, und auf Bodenarten, welche keiner oder nur einer geringen Bearbeitung (mit der Egge) bedürfen, wie früheres Getreideland, kommt man rascher und billiger zum Ziele, als wenn man pflanzt. Als Nachteile sind hinzunehmen, daß man es nicht in der Hand hat, den Holzpflanzen von vornherein einen gleichmäßigen Wachsraum zu geben, so daß an manchen Stellen der Bestand zu dicht aufwächst, an anderen es aber Lücken von größerer Ausdehnung geben kann, der Wuchs aber nicht so gleichmäßig, wie bei der Pflanzung ist. Die zu dichten Bestände können durch Auflagerung von Schnee, diejenigen aber, wo der Wuchs zurückblieb, durch Frostplatteneinstellung und daraus sich ergebenden Erkältungen leiden. Man bevorzugt aber die Saat bei wohlfeilem Samen, also in Samenjahren aus genügend empfänglichem Boden, wie früherem Ackerland oder auf sehr feintem oder von feinen Wurzeln durchzogenem Boden, auch bei Mangel an den zur Pflanzung nötigen Kulturpflanzen, dann, wenn es an Zeit und Arbeitskräften gebricht u. s. f.

Vorteile der Pflanzung sind die regelmäßige Pflanzung mit gleichmäßigem Wachsraum für die einzelnen Setzlinge, die geringere Gefährdung der Setzlinge durch Schnee und Frost, welche sie gewöhnlich schon über die ersten Lebensjahre hinaus sind, die Erleichterung der Grasnutzung und der Kulturpflege z. durch die gleichmäßige Anordnung der Pflanzreihen, dann Gewinne an Zuwachs durch den Altersvorsprung der Setzlinge und Erziehung wertvollere Durchforstungshölzer, Erleichterung der Waldbetriebsregelung, des Forstschutzes und ganzen Betriebes. Bei weiterer Pflanzung aber erhält man zu starke Aeste, welche den Gebrauchswert der Baumstämme mindern. Die Pflanzung wird bei hohen Samenpreisen aus festem, stark veruntrautem Boden, auf aufgelassenen Wegen, zur Herstellung lebender Hecken, an von Wild, Mäusen und samenfressenden Vögeln bedrohten Plätzen, an steilen Hängen, auf Fluglandboden usw. angewendet.

Im Großen und Ganzen ist von zwei Kulturmethoden je nach als die vorteilhaftere anzusehen, die erstens einen geringeren Kulturkostenaufwand einschließlich der Nachbesserungskosten erfordert, zweitens binnen gleicher Untriebszeit höhere Netzerträge liefert oder drittens bei kürzerer Abtriebszeit dieselben Erträge gibt, wie die andere in einem längeren Untriebe. Bei der Wahl einer anbauwürdigsten Holzart werden die Standortverhältnisse und Ansprüche der Holzart, die vorhandene Betriebsart, die Massenproduktion der Holzart, der Holzpreis und die Holzherstellungskosten, die Beschaffenheit und Bewirtschaftung der Nachbestände, die örtlichen Gefahren und die Tauglichkeit der Holzart zu einem etwaigen besonderen Zweck berücksichtigt. Nun bei zugehörigen Standortverhältnissen kann die Holzart ihre volle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entfalten und die Produktionskosten werden sich im allgemeinen um so niedriger stellen, je mehr die natürliche Bestandesgründung anwendbar ist. Für Frostlagen eignen sich weder Tanne noch Rotbuche; in Sturmtagen kann man Fichte nicht in reinen Beständen, sondern nur mit sturmstärker

### Der Vertrauensmann.

Wir stehen im Zeichen der Vertrauensleute. Ein Teil der Zahlstellen hat bereits die Verbandswahlen vorgenommen. Das in den Zahlstellenvorständen mit die tüchtigsten und intelligentesten Vertrauensleute zu wählen, ist so selbstverständlich, daß wir kein weiteres Wort darüber zu verlieren brauchen. Wir sind überrascht, wie wenig es ist, daß diese Vertrauensleute im allgemeinen bei den Wahlen der Zahlstellen nicht die nötige Beachtung finden. Es wird das nötige zu vermeiden sein.

Eine der wichtigsten Funktionen in unserer Bewegung ist die des Vertrauensmannes. Die Bewusstseinsbildung einer Zahlstelle und des Verbandes überhaupt hängt in hohem Maße davon ab, ob der einzelne Vertrauensmann sich seiner Aufgabe bewußt ist und ganz besonders, ob er sich überhaupt zu diesen Posten eignet. Nicht ein jeder Verbandswahlende ist geeignet, diesen Posten zu bekleiden. Zunächst sollte sich ein jeder bewußt sein, so für den Verband zu arbeiten, wie es Aufgabe eines tüchtigen Vertrauensmannes ist. Für die Zahlstellen ist die richtige Wahl des Vertrauensmannes eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Es muß bei der Wahl eines jeden Verbandes sein, für den Post eines Vertrauensmannes sich der richtige Mann zu finden. Es sollte nicht verwundern, daß ein Vertrauensmann der erste beste Kollege genannt wird, sondern es muß vorher unter den Mitgliedern genau nachgesehen werden, wer die besten und tüchtigsten Vertrauensleute sind. In manchen Kollegen können gewisse Eigenschaften vorhanden sein, die nur gerade zu werden können. Diese Kollegen heranzubilden, ist die erste Aufgabe des Vertrauensmannes. Seiner gibt es noch viele Aufgabenstellungen, die gegen die Überzeugung eines Vertrauensmannes eine große Wichtigkeit haben. In den Vertrauensmannen muß demnach ein Mann zu finden sein, der sich mit dem Verband und dem Kampf um die Interessen des Verbandes beschäftigt. Das kann zunächst heißen, was der Verband vor der Wahl mit den geeigneten Kollegen Rücksprache nimmt, sich die Aufgabe zur Bekämpfung eines Vertrauensmannespostens klar zu machen und diese Kollegen dann in der Vertrauensmannenwahl zu unterstützen, was aber notwendig, daß der Verband die besten Vertrauensleute nicht überläßt. Es wird dadurch erreicht, daß die Zahlstellen nicht nur die besten, sondern auch die tüchtigsten Vertrauensleute wählen, was dem Bewusstseinsbildung zum Nutzen des Verbandes beiträgt.

Ein guter Vertrauensmann muß die verschiedensten und zwar die besten Eigenschaften besitzen. In erster Linie muß er regen Eifer für unsere Sache betreiben und den Mitgliedern dadurch ein gutes Beispiel geben. Er muß sich stets bewußt sein, daß er von den Mitgliedern als der Mann ihres Vertrauens gewählt wurde und deshalb jede Gelegenheit benutzen muß, um seinem Namen — Vertrauensmann — Ehre zu machen. Die Pünktlichkeit muß eine der Hauptdingen des Vertrauensmannes sein. Da kann man von den Mitgliedern die Lage hören, daß das Verbandsorgan unregelmäßig zugestellt und die Beiträge nicht pünktlich eingehoben werden. Dies sollte nicht verwundern. Der Vertrauensmann muß es sich zur Pflicht machen, den Mitgliedern das Verbandsorgan möglichst pünktlich zuzustellen. Ebenso notwendig ist das pünktliche Einleiten der Beiträge, was dies zu den Aufgaben eines Vertrauensmannes gehört. Durch das Regieren der Beiträge kommt es nicht selten vor, daß den Mitgliedern die Nachzahlung zu viel wird, was vielfach dazu führt, daß sie der Organisation verloren gehen. Diese Unpünktlichkeit des Vertrauensmannes hat aber noch eine weitere Folge. Solche Mitglieder, die mit ihrem Beiträge im Rückstand sind oder aus diesem Grunde dem Verbandsorgane den Rücken gekehrt haben, schimpfen mit Bitterkeit über die Schlamperie in dem Verbandsorgan und bewirken dadurch, daß die Zahlstellen nicht für den Verband gewonnen werden können. Das Einleiten der Beiträge wird wesentlich erleichtert, wenn die Vertrauensmannen dazu auch den richtigen Zeitpunkt wählen.

Man verlangt mit Recht vom organisierten Arbeiter gewerkschaftliche Schulung, Intelligenz und gewissenhafte Pflichterfüllung. In noch größerer Maße verlangt man dies aber vom Vertrauensmann der Organisation, der nicht nur Beitragskassierer oder Beitragsverwalter sein soll, sondern Vertrauensmann und Führer seiner Kollegen. Ein tüchtiger Vertrauensmann findet oft Gelegenheit, mit den Kollegen und deren Familienmitgliedern über die verschiedensten Fragen zu sprechen und man kann tüchtige Mitglieder oder deren Frauen über Zweck und Ziele des Verbandes aufzuklären. Ist der Vertrauensmann auf dem Gebiete der Organisation bewandert, so wird er es, die Vorteile derselben in der richtigen Form vorzutragen, kann und er überzeuge Mitglieder erzielen.

Eine weitere Pflicht des Vertrauensmannes ist ein kollektives Verhalten. Der Vertrauensmann muß sich stets bewußt sein, daß Vertrauen der Mitglieder und deren Angehörigen zu erlangen und als ihr Freund zu gelten. Wir wissen wohl, daß die Mitglieder mögen, dies auch bewerkstelligen, daß dem Vertrauensmann sehr oft wenig Zeit übrigbleibt, sich in lange

Unterhaltungen einzulassen; aber es wird doch immer möglich sein, mit den Mitgliedern ein freundliches Wort zu sprechen. Auch das Einleiten der Beiträge kann in höflicher, anständiger Weise geschehen.

Außerst notwendig ist ein reger Verkehr mit dem Zahlstellenvorstand. Dadurch, daß der Vertrauensmann in ständigerem Verkehr mit den Mitgliedern steht, ist er vielfach besser über die Stimmung der Kollegen unterrichtet als der Vorstand. Deshalb muß er dem Zahlstellenvorstand seine Wahrnehmungen und Erfahrungen mitteilen; er kennt ja die Wünsche und Beschwerden der Mitglieder.

Der Vertrauensmann darf auch nicht allzu empfindlich sein. Gewiß stellt sein Amt große Anforderungen. Manches muß der Vertrauensmann mit in Kauf nehmen; manches unangenehme Wort bekommt er zu hören. Die Opfer, welche der Vertrauensmann für die Organisation und somit auch für seine Kollegen bringt, werden verkannt und mit Unbill belohnt. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß oft tüchtige Kollegen ihre Ämter niederlegen und jede weitere Mitarbeit ablehnen. Wenn es auch hart ist, für Arbeit und Mühe Unbill zu ernten, so muß sich doch der tüchtige Vertrauensmann sagen, daß er nicht um den Dank einzelner zu werden sich in den Dienst der guten Sache stellt, sondern um Pionierarbeit für seinen ganzen Stand und unseren Verband zu leisten. Es darf nicht vorkommen, daß vorzärtlichen Kollegen mit gleicher Münze heimgezahlt wird, wenn sie unüberlegte Worte gegenüber den Vertrauensmannen gebrauchen, die nicht an die Plätze sind. Durch ruhiges, aber entschlossenes Auftreten muß diesen Leuten das Unrecht ihres Verhaltens klargemacht werden.

Diese Ausführungen lassen erkennen, daß das Amt eines Vertrauensmannes ein sehr wichtiges und schwieriges ist. Teilhaft kann und darf dazu nicht jeder genommen werden. Möge alle Vertrauensmannen, die durch das Vertrauen der Verbandswahlenden auf einen so wichtigen Posten gestellt wurden, sich ihrer Aufgabe bewußt sein und stets darnach streben, ihr Bestes zu leisten im Interesse der guten Sache. Aber auch die Mitglieder mögen bedenken, welche Opfer gerade die Vertrauensleute für den Verband und die gesamte Organisation bringen; deshalb ist es notwendig, den Vertrauensmannen ihre Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Wenn Mitglieder, Vorstände und Vertrauensmannen stets ihre Schuldigkeit tun, dann kann unser Verband erfolgreich arbeiten.

Holzarten, z. B. Tannen, unermüdet anbauen. Welt sich die Bedürfnisse der Zukunft in Holzarten, die einst kommenden Geschmacksrichtungen in Möbelhölzern z. B., nicht voraussehen lassen, soll darauf Bedacht genommen werden, insbesondere Holzarten, die einen höchst mannigfachen Gebrauchswert besitzen, zu pflanzen und einer größeren Zahl von Holzarten das heimliche Bürgerrecht zu erhalten, was seit etwa fünfzig Jahren vernachlässigt worden ist.

Das vom Forstwirt im Auge behaltene Ziel liegt im Haupt-sächlichen stets in der Erhaltung der höchsten Erträge unter geringsten Kosten und in der Erhaltung, womöglich Steigerung der Wald-bodenkraft und in der Herbeiführung des Normalzustandes, in so fernem Grade, wie er überhaupt erreicht werden kann. Dazu bedarf es aber gründlichen Wissens, praktischer Erfahrung und Befähigung. Zur Steigerung der Erträge dienen frühzeitige und häufige Durchforstungen, vorsichtige Aufzucht, Erhaltung der Streubecke, Unterbau der sich auslichtenden Bestände, wirtschaftlich-parame und pflegliche Holzgernte, gute Kugholzforterung (Aus-wahl und Einteilung nach Verwertungsart), Wege- und Trans- portmittelverbesserung, geeignete Verkaufsforn nach kaufmännischen Erwägungen. Zur Verringerung der Holzherzeugungskosten, an der nicht nur die Holzbranche, sondern auch das Volk in seiner Gesamtheit ein starkes Interesse hat, ist eine weise, aber nicht reinliche Sparfamkeit im gesamten Forsthaushalte, insbesondere eine zweckmäßige Arbeitsteilung, die Vermeidung unproduktiver Ausgaben, z. B. spielerischer Experimente im Kulturwesen usw. vonnöten.

## Meinungsäußerungen aus Mitgliederkreisen.

### Aufgaben der Stellmacher.

Vor mir liegt die Broschüre über die I. Konferenz der Stellmacher am 25. April 1909 in Düsseldorf. Ich frage nun: Was ist in die Tat umgeseht worden von all den Dingen dort gemachten Vorschlägen? Es ist allerdings etwas hat, nach bald vier Jahren noch eine Gewissensforschung anzustellen, aber dennoch kann eine Erinnerung nicht schaden. Hat man doch sehr selten nach der Konferenz noch etwas von dieser gehört. Freilich kann man ja nicht wissen, wie es in anderen Orten aussieht; ob da besser und erfolgreicher gearbeitet worden ist. Zur größeren Ehre wenigstens einer Anzahl der damaligen Delegierten will ich es annehmen, daß in ihrem Wirkungsbereiche die Konferenz Erfolge gezeitigt hat.

Das Erfassen des Organisationsgedankens bei den Stell-machern ist noch nicht in dem Maße anzutreffen, wie es wünschenswert wäre. Es gibt aber auch Kollegen, die gewissermaßen nur notgedrungen im Verbands sind. Und daß mit diesen in der Agitation nicht viel anzufangen ist, liegt klar auf der Hand. Sie sind ja selbst noch zu bearbeiten, was durchaus keine leichte Aufgabe ist, denn diese kommen dann und sagen: „Ja, was wollt ihr denn, wir sind ja organisiert!“

In den etwas größeren Betrieben geht es ja noch an; da ist schon die Zeit gekommen wo es heißt: „Du mußt Dich organisieren!“ Dort sind immer treibende Kräfte vorhanden, die die Neulinge zu bearbeiten wissen und dadurch den Individualismus fernzuhalten verstehen.

In den kleineren Werkstätten ist es, wo hauptsächlich die Organisation nicht aufkommt. Es mangelt hier vor allem an Agitationskräften, die stets auf dem Posten sind. Meistens sind das nur Betriebe, die einen Gesellen beschäftigen. Ist dieser im Verbands glücklich angelangt, dann dauert es auch nicht lange, so verläßt er die Arbeitsstätte, und bei den Neulingen muß dann die Arbeit neu begonnen werden. Das hat nun alles seine Schwierigkeiten, besonders dann, wenn es Betriebe sind, die den Gesellen noch in Kost und Logis haben und man schlecht an diese Leute herankommen kann, schon darum, weil man sie nicht kennt.

Schreiber dieses hat sich in solchen Fällen damit geholfen, daß er sich ein paar Fachschriften „Der Wagenbau“ oder „Deutsche Fahrzeug-Technik“ unter den Arm nahm, um als Zeitungsgesant in solche Betriebe zu kommen. Bei Unwesenheit des Meisters machte er dann für ein Abonnement Propaganda. Bei der Gelegenheit lernte er dann auch den Neuling „kennen und lieben.“ Auf diese Weise wurde der eine oder andere gewonnen, besonders dann, wenn man noch darauf hinweisen konnte, daß diese Fachschrift im Verbands gehalten und unentgeltlich zum Studium an die Mitglieder abgegeben werde.

Eine Zahlstelle, die einige Stellmacher in ihren Reihen zählt, wird wohl gewiß nicht niedrig sein und auf Antrag eines Kollegen eine solche Fachschrift beschaffen.

Die Waggonfabrik ist ein Gebiet für sich. Allen jüngeren Kollegen, die da anfangen wollen, müßte man zurufen: „Laßt die Finger davon!“ Durch eine längere Beschäftigung selbst verlieren die Kollegen die Kenntnisse und Fertigkeit in unserem Verufe und können sie dann bei Ausperrungen der sonstigen Differenzen immer schlecht Arbeit bekommen. Das gilt nicht nur für die Stellmacher, sondern auch für die Schreinerkollegen. Die Waggonfabriken müßten eigentlich Verforgungsstätten für unsere älteren Kollegen werden. Deshalb sollten die jungen Leute Abstand nehmen, dort an-zufangen; auch weil es, wie schon gesagt, garnicht von Vor-teil für sie ist. Die Agitation auf den Waggonfabriken läßt, glaube ich, auch noch zu wünschen übrig und es scheint, als manche Kollegen zu schüchtern sind und sich erst dann an neuangefangene wagen, wenn sie schon von den „Genossen“ einen Beschlag genommen sind. Dieses fröhliche Drauf-angertum ist jedem noch nicht so recht geläufig; und es sind immer einige wenige, die den Mann stellen.

Nun zu etwas anderem. Auf der Stellmacher-Konferenz wurde auch die Frage erörtert — teilweise war sie jemand, glaube, der Mannheimer Delegierte schon am beantworten — wie es anzufangen sei, einen Ueberblick über die Akford-lyne zu erhalten. Das wäre meiner Ansicht nach eine Arbeit es Schwerstes der Kollegen wert. Eine solche Ueberblick wäre in nicht zu unterschätzender Stützpunkt für alle Stellmacher im allgemeinen und für die Kastenmacher im besonderen. Aktuell war die Frage nicht nur damals, sondern sie ist es auch heute noch und vielleicht noch mehr wie früher, denn auch die kleinen Fabriken gehen mehr und mehr dazu über, Akford einzuführen.

Da kommen nun die kleinen Karosseriebaufirmen und Klagen und jammern, die Arbeit werde zu teuer. Delmenhorst — ja Delmenhorst — liefert Karosserien zu dem und dem Preise; nein, nicht nur Delmenhorst, sondern auch andere Firmen machen die Karosserien viel billiger. Da meine ich nun, wäre es doch sehr wünschenswert, eine Zusammenstellung der Akford von den großen Firmen zu machen, etwa in Form eines Heftchens, damit auch die Kastenmacher in den kleinen Städten eine Handhabe besitzen, um Versuchen auf Unter-bietung des Lohnes entgegenzutreten zu können. Unsere kleinen Fabrikanten bedenken nicht, oder wollen es nicht bedenken, daß die Arbeitsweise bei den großen Firmen wesentlich anders geartet ist. In den kleinen Betrieben muß der Kastenmacher selbst den Plan machen, Modelle machen, Holz suchen, auf-reißen, zuschneiden und hobeln. Das sind Verrichtungen, die ein Kastenmacher im Großbetriebe nicht zu machen braucht, ganz abgesehen von solchen Firmen, wo die Arbeit spezialisiert ist. Nun ist es aber klar, daß bei solchen Verrichtungen die Karosserie teurer wird, als wenn der Kastenmacher das ge-schnittene und gehobelte Holz an die Bank bekommt und gleich anfangen kann anzuarbeiten, er also mit seinem Kastenheifer in stetiger Arbeit bleiben kann und nicht von diesem zu jenem zu laufen hat.

Die Kastenmacher in den kleinen Städten verlieren leicht den Kontakt mit den Berufskollegen in den größeren Städten weil sie durch Familienverhältnisse gezwungen sind, am Plage und auch allmählich die brieflichen Verbindungen, die sie von früher her noch mit einzelnen Kollegen in den Großstädten haben, verloren gehen. Zum Reisen langt es meistens auch nicht und so sind sie denn sozusagen von der übrigen Welt isoliert.

Es bleiben da zur Verständigung noch unser Organ und evtl. die technischen Fachzeitungen. Die letzteren sind im Arbeitgeberinne geschrieben und kommen auch hauptsächlich nur zur technischen Weiterbildung in Frage. Ueber die Lohnver-hältnisse berichten sie schon aus bestimmten Gründen nichts. In unser Organ kommt wohl dann und wann eine Notiz aus dieser oder jener Sektion. Aber den Bedürfnissen ist damit nicht gedient. Die Berichte aus den Sektionen sind ja ganz lobenswert, aber die Sektionen könnten uns auch mal etwas näheres von den Großfirmen mitteilen: Welche Arbeitsver-hältnisse dort vorhanden sind; wie die Löhne stehen beim Kastenmachen und Helfen, bei Maschinenarbeitern, vielleicht auch wenn es möglich ist die Löhne oder Gehälter der Meister und Untermeister, ja auch die von den Technikern und Zeichnern. Dann ebenso wären Mitteilungen willkommen über die praktische Arbeitsweise, etwa ob Blech oder Holz bevorzugt wird usw.

Damit würde auch den Kastenmachern in den Kleinstädten eher gedient sein. Wir haben doch Kollegen bei den Benz-, Opel-, Adler-, Dürkopp- und Daimlerwerken, ebenso in den Wagenkarosseriefabriken, wo sie immer sein mögen, beschäftigt. Könnten diese nicht dazu beitragen, daß Stoff zu einem Artikel für unser Organ gesammelt wird?

Und nun noch eins: Auf der Stellmacher-Konferenz wurde auch über den Arbeitsnachweis gesprochen. Man hat nachher nichts mehr davon gehört. Ist es nicht möglich, auch darin ein klein wenig Wandel zu schaffen? Es gibt doch manch-mal auch gute Stellen in kleinen Städten, die nur ungern von alten Kastenmachern verlassen werden, weil sie befürchten, es könnte ein Andersorganisierter kommen und damit wäre dann die Agitation ziemlich lahmgelegt; gibt doch der erste Kastenmacher mehr oder weniger den Ton an. Könnte man da nicht Abhilfe schaffen dadurch, daß man sich in solchen Fällen an eine zentrale Stelle wenden könnte, damit durch diese der Posten wieder besetzt würde? Allerdings müßten sich dann an diese zentrale Arbeitsnachweisstelle auch Kollegen wenden, die gewillt sind, sich zu verändern, damit diese als Bewerber noch dahin oder dorthin vorgemerkt werden könnten. Dadurch würde nicht nur den einzelnen Kollegen geholfen werden. Es würde dieses auch ein gutes Agitationsmittel für den Verband sein.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerk-sam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 4. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Januar fällig ist.

Die Zahlstelle Dielefeld erhält die Genehmigung zur Er-hebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 15 Pfg. (Gesamt-wochenbeitrag 65 Pfg.)

Beilagen zur Zeitungsendung. Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegen bei „Der Wegweiser“ sowie das Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1912 des „Holz-arbeiter.“

Nachbestellungen aller Nummern des „Holzarbeiter“ (Jahrgang 1912), die zum Einbinden des Jahrganges benötigt werden, können bis zum 26. Januar erfolgen. Spätere Be-stellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 31046, Eleri Döbeler; Nr. 65332, Wilhelm Franke; Nr. 76172, Josef Gatz; Nr. 78151, Peter Haag; Nr. 84931, Josef Worms; Nr. 71144, Wilhelm Rehdreier.

Bei Einwendung der vollgestellten Mitgliedsbücher ist dar-auf zu achten, daß die beitragsfreien Marken richtig ein-geklebt sind. Mit Ausnahme der in den §§ 15 und 21 der Satzungen vorgesehenen Fälle, müssen für alle Wochen, in denen die Mitglieder beitragsfrei sind, die beitragsfreien Marken ein-geklebt werden. Für diejenigen Mitgliedsbücher, in denen diese Marken fehlen, können keine neuen ausgestellt werden.

Arbeitslosenstatistik. Von den unten genannten Zahlstellen ging die Arbeitslosenmeldebarte für Dezember nicht oder zu spät ein:

- Tölg\* — Ebrah\* — Lauf — Kupferberg\* — Smilab\* — Munderkingen\* — Sulzbach\* — Limburg — Zrier\* — Elberfeld\* — Emmerich — Gummersbach — Lobberich\* — Ibbenbüren\* — Rheine\* — Siegen\* — Gütersloh\* — Lamspringe\* — Ruzen-zalbe — Mühlhausen Th. — Allenstein — Ortelsburg\* — Neustadt Westpr. — Festenberg — Freiburg\* Schles.

Die mit einem \* bezeichneten Zahlstellen sandten auch für den Monat November keine Karte. Da mehrfach an diese Zahlstellen gerichtete Mahnschreiben nichts nutzten, so bitten wir die Mit-glieder dieser Zahlstellen, die Ortsverwaltungen an die Statistik bei der wichtigen Statistik zu erinnern.

## Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

### Der Bezug ist fernzuhalten

von Modell- und Fabrik-Schreiner Stolberg bei Kachen (Rabel-fabrik Prym), Menden i. W. (Metallwarenfabriken).

Tarifkündigung im Saargebiet. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und die verwandten Betriebe im Saar-gebiet, hat zum 1. Januar 1913 den auch mit den Holz-arbeiterorganisationen abgeschlossenen Vertrag gekündigt. Das Kündigungs-schreiben der Arbeitgeber hat folgenden Wortlaut:

„Der zwischen unserem Verbands und Ihnen abgeschlossene Tarifvertrag vom 18. November 1910 steht eine Kündigungsfrist bis zum 31. Dezember 1912 vor. Wir machen hiervon Gebrauch und kündigen Ihnen hiermit zum 31. März 1913 diesen Vertrag.

Gleichzeitig schlagen wir Ihnen vor, den bestehenden Vertrag unverändert mit dem Tag des evtl. wieder abzuschließenden Bau-arbeiter-Vertrages und auf dessen Dauer wieder in Kraft treten zu lassen.

Wir bemerken noch, daß wir die unveränderte Erneuerung keineswegs Vorteile halber, sondern lediglich um dem Frieden zu dienen vorschlagen.“

Unsere Kollegen ersuchen schon aus dem Inhalt des Kün-digungsschreibens, wie die Arbeitgeber sich einen neuen Ver-trag denken und welche Aussichten für uns bestehen. Des wohlgemeinten „Friedensvorschlägen“ der Herren Arbeitgeber werden unsere Kollegen wohl nicht viel Sympathie abgewinnen können. Einen Vertrag auf 3 Jahre unverändert weiter laufen zu lassen, das ist wohl für die Saarbrücker Verhält-nisse ausgeschlossen. Unsere Kollegen mögen deshalb früh-zeitig sich eine feste Position sichern und mehr als bisher der Organisation Interesse entgegenbringen.

Zum Kampf in der Mendener Metallindustrie. Schon 18 Wochen dauert der Kampf in der Mendener Metallindustrie und noch immer ist keine Aussicht für einen baldigen Frieden vorhanden. Dieses liegt aber nur allein an dem schroffen Verhalten der Firma Schmölle & Co. Die Kollegen, welche bei dieser Firma um minimale Forderungen kämpfen, haben es wahrlich nicht an Versuchen fehlen lassen, eine Verständigung herbeizuführen, aber starrköpfig wie diese Firma nun einmal ist, weigert sie sich, den Arbeitern inbezug auf ihre Forderungen entgegenzukommen. Und wenn Stimmen aus der Mendener Bürgererschaft laut wurden, die das, was Herr Schmölle den Arbeitern bei den sogenannten „Verhandlungen“ bot, „mehr eine Verhöhnung der Arbeiter nannten“, so trifft dies tatsächlich zu. Alle Versuche, die Firma zu einem vernünftigen und billigen Entgegenkommen zu bewegen, waren bis jetzt fruchtlos. Trotzdem folgte die Arbeiterkommission in der letzten Woche wieder einmal dem Wunsche des Herrn Schmölle zu einer erneuten „Aussprache.“ Herr Schmölle ver-suchte damit aber anscheinend nur, Vermittlungsversuchen von dritter Seite aus dem Wege zu gehen und sich noch dazu als den „Friedfertigen“ aufzuspielen. Denn, als die Arbeiter er-schienen waren und verhandeln wollten, erklärte er ihnen wieder kurz und bündig, es bleibe bei seinem bekannten Stand-punkte, die Arbeiter sollten die Arbeit zu den alten Be-dingungen wieder aufnehmen. — So etwas nennen ge-wisse Leute dann Verhandlung und der Mendener Arbeit-geberverband glaubt einem solchen Arbeitgeber zuliebe tausende, an der Sache absolut unbeteiligte Arbeiter monatelang aus-sperrn zu müssen. Die Mendener Unternehmer stellen sich aber nur ein Armutszeugnis aus, wenn sie ihre Haltung da-mit zu rechtfertigen suchen, unwahre, längst richtig gestellte und widerlegte Berichte in die Zeitungen zu lancieren. Die sozialdemokratische Presse treibt auch in diesem Kampfe ein ebenso unehrliches Spiel, wenn sie christlich-organisierten Arbeitern Streikbruch vorwirft. In einem Falle, in Feuer-bach bei Stutgart, traten die Sozialdemokraten in den Aus-stand, um christliche Arbeiter aus der Arbeit zu bringen, die seit Wochen ausgeperrt auf dem Pflaster gelegen hatten. Das andere Streikbruch soll in Hilden-Düsseldorf passiert sein. Seit längerer Zeit wurden die christlich-organisierten Arbeiter der Firma H. Boncelet in der brutalsten Weise terrorisiert. Ende November 1912 erschienen die „frei“-organisierten Arbeiter Portermann und Friede auf dem Büro der Firma und ver-langten im Auftrage ihrer „frei“-organisierten Mitarbeiter die Entlassung von zwei im christlichen Metallarbeiterverbands organisierten Arbeiter. Die Firma lehnte dieses Ansinnen ab. Jetzt wurden hille Mittel gegen christliche Arbeiter angewandt, so daß sich die Firma zuletzt gezwungen sah, das Kollektiv-recht gegen die soziald.-organisierten Arbeiter zu schützen und einzugreifen. Die „brüderlichen“ Genossen legten jetzt die Arbeit nieder und wollten mit Gewalt die christlich-organisierten Arbeiter brotlos machen. Diese Kalkulation war eine verfehlte. Wenn aber „Genossen“ christliche Arbeiter um Arbeit und Brot bringen, dann verlangt man obendrein noch „Solidarität!“ Es entstehen einem wirklich Zweifel an der Zurechnungsfähig-keit der Sozialdemokraten! — „Der Werkverein“, das Organ der Gelben, glaubt sich auch mit dieser Bewegung beschäftigen zu müssen. Er schreibt unter anderem in seiner Nummer vom 10. Januar 1913: „Sie wissen nicht ein noch aus, die christ-lichen Metallarbeiterführer zu Menden. Die Streikausgaben

wachsen ihnen über den Kopf; 15000 Mark der Berliner Zahlstelle sind ausgegeben, und die Sammlungen scheinen nicht soviel klingende Münze zu liefern, wie zur Befreiung des leichtfertigen Ausstandes gebraucht wird.“ Wir möchten hierzu nur bemerken, daß die 15000 Mark der Berliner Zahlstelle nicht einmal für einen Tag reichen. Der Metallarbeiterverband besitzt trotzdem noch Geld genug und unser Verband nicht minder. Durch den Mendener Kampf wird der Bankrott der christlichen Gewerkschaften sicherlich nicht erreicht.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Aischaffenburg.** Eine am 4. Januar stattgefundene von unserm Verbande einberufene öffentliche Holzarbeiterversammlung war sehr gut besucht. Kollege Hed-Frankfurt referierte über den Nutzen des Verbandes. Es war aus den Ausführungen zu ersehen, daß unser Verband gegenüber dem soz. Holzarbeiterverband in keiner Weise (Unterstützung, Vertretung wirtschaftlicher Interessen etc.) zurücksteht, in manchen Punkten sogar höhere Unterstützungen leistet. Der reiche Beifall bewies, daß die Erschienenen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Die Ausführungen einiger armerfender „Genossen“ wurden durch die Kollegen Herbst, Rauch, Kober und Wolf glatt abgelehnt. Es entspann sich dann noch eine sehr lebhaft diskutierte über die Handhabung des Tarifvertrages, woraus zu ersehen war, daß die Genossen, bevor sie andere unberechtigte Vorwürfe machen, erst vor ihrer Tür kehren müssen. Alles in allem bewies die Versammlung, daß die Kollegen der Zahlstelle Aischaffenburg die Zeit verstehen, daß sie gelernt haben, nicht nur zahlende, sondern auch tätige Mitglieder der Zahlstelle zu sein. Wenn in diesem Sinne weitergearbeitet wird, so werden wir bald die „Genossen“ an Mitgliederzahl und in sonstigem Überfluge haben. War doch unsere öffentliche Versammlung von circa 60, die der „Genossen“ von 19 Kollegen besucht. Kollegen: Arbeit so weiter! das ist die beste Lehre für die indifferenten Kollegen, daß nur ein Zusammenschluß im Zentralverbande christl. Holzarbeiter in der Lage ist, unsere Interessen wirklich gut zu vertreten.

**Mergenthal.** Am 12. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Angeführt der Wichtigkeit der Tagesordnung hätte der Besuch derselben wohl ein besserer sein dürfen; nur mit dem an diesem Tage eingetretenen Schneefall dürfte das Fernbleiben der auswärtigen Kollegen zu entschuldigen sein. Aus dem Jahresberichte des Vorstandes ging hervor, daß das abgelaufene Jahr kein ungünstiges für uns war, hat sich doch unsere Mitgliederzahl gegen das Vorjahr verdoppelt, ebenso das Vermögen unserer Lokalkasse. Weiterhin gelang es uns, eine Lehrlingsabteilung zu gründen, welcher fast sämtliche jungen Leute am hiesigen Orte, die am kommenden 1. Mai ihre Lehrgang beenden, angehören. Wer die hiesigen Verhältnisse einigermaßen kennt, wird diese Erfolge wohl zu würdigen wissen. Bei der Auswahl der Ortsverwaltung ergab sich keine Aenderung. Kollege Schlemmich wurde als Beisitzer neu hinzugewählt. — Kollegen von Mergenthal und Umgebung! An uns liegt es, so wie bisher, weiter zu arbeiten und für die Stärkung unserer Reihen unermüdet tätig zu sein; denn nur so wird es uns möglich sein, die Gleichgültigkeit der unorganisierten Kollegen zu brechen und sie unserem Verbande anzuschließen. Dazu ist es notwendig, daß die Kollegen, ganz besonders unsere jungen, die Versammlungen regelmäßig besuchen, um sich zu schulen und weiterzubilden. Handeln wir dementsprechend.

**Bonn.** Die diesjährige Generalversammlung unserer Zahlstelle fand am Samstag den 11. Januar in der Germaniahalle statt. Der Vorsitzende, Kollege Wellmann, gab den Jahresbericht. Aus diesem ging hervor, daß die hiesige Zahlstelle im verfloffenen Jahre recht erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl stieg von 90 auf 140. Mit besonderer Genugtuung sollte er fest, daß in letzter Zeit namentlich die Käufer sich in ständiger Zahl unserer Verbände anschließen haben. Zum Schluß forderte er alle Kollegen auf, auch in diesem Jahre recht eifrig für den Verband zu werden, damit auch in unserem Bezirk bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Der Jahresbericht wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Es erfolgte sodann die Wahl des Vorstandes. Zum größten Bedauern der Kollegen lehnte der bisherige 1. Vorsitzende, Kollege Wellmann, wegen Arbeitsüberbürdung eine Wiederwahl ab, er nahm aber die Wahl als 2. Vorsitzender an. Zum 1. Vorsitzenden wurde nunmehr einstimmig Kollege Drey gewählt. Dem bezugswidrigem wurde als Kassierer Langela; Schriftführer Koll; Beisitzer Junfermann, Wägen, Siingz und Eimel. Zum Kassierer wurde Kollege Kieges gewählt. Unter „Berichtigendes“ wurde Mitteilung gemacht von einer Beileidigungsbüchse des Kollegen Gollbach gegen den „Genossen“ Paul vom Kreis Holzarbeiterverband.

**Nürnberg.** Unsere Zahlstelle hielt am 12. Januar 1913 ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Kassierer, Kollege Georg Kung erklärte den Jahresbericht. Nachdem dies geschähen, wurde die Vorstandswahl gewählt. Das Ergebnis war folgendes: Kollege Richard Dörr, 1. Vorsitzender; Kollege Michael Wagner, 2. Vorsitzender; Kollege Georg Kung, Kassierer; Kollege Jakob Gertig V. Schriftführer; Kollege Josef Dietrich, Beisitzer. Somit blieb alles beim Alten. Kollege Gertig wurde als Kontrollrat angelehnt, um alle Berechnungen der Mitgliederzahlen zu kontrollieren, damit nicht am Jahresende so viele leere Kartenfelder in den Büchern zu sehen. Deutlich des Einflusses von heidnischen Karten, welche im Jahre 1912 meistens in die Mitgliederbücher der weltlichen Z. eingeleitet werden mußten, wurde von den Kollegen Michael Engel und Philipp Heindl der Antrag gestellt, daß in unserer Zahlstelle für die weltlichen Mitglieder ein Lokalkasse eingerichtet werde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**Essen.** Mit es, einmal den Namen unseres Verbandes anzuerkennen in Anspruch zu nehmen, so sei es, um über unser: am 18. Januar stattgefundene Generalversammlung Bericht zu erstatten. Geschäftsbereich der Zahlstelle war die Generalversammlung genau so besucht. Aus dem Jahresbericht des Kollegen Düpper ging hervor, daß wir im letzten Jahre auch wieder ein gutes Stück vorwärts in unserer Bewegung gekommen sind. Wenn wir auch unsere Mitgliederzahl einer gründlichen Überzeugung unterwerfen mußten, so sind wir doch gewachsen. In Bezug auf unsere Tarifverträge ist zu sagen, daß wir auf einen guten Tarifstand hinwirken können. Dem Tarifstand können wir ruhig entgegengehen. In vergangenem Jahre ist es auch gelungen, unsere Verbände-Verbindungsstellen hier einzurichten. Wenn das Ziel der unsere Bewegung im hiesigen Bezirk ein weites ist und man zu rechnen hat mit der nachsichtigen Unterstützung, so soll dieses auch nicht geringfügig werden. Bei der gegenwärtigen Situation

ist besonders dazu ansetzt, uns zu rufen für unsere Sache. „Dann e. „Friede auf!“ Der neugewählte Vorstand an der Spitze der organ. Unterstützung und Mithilfe aller Kollegen sicher, wird sich die gewerkschaftliche Klein- und Werbearbeit für unsern Zentralverband christl. Holzarbeiter angelegen sein lassen.

**Krankengeldzuschußkasse.**  
Gelfenkirchen. Kassierer G. Köhler wohnt jetzt Schützenstr. 13.

**Sterbetafel.**  
Andreas Koller, Schreiner, 53 Jahre alt, gestorben zu München.  
Josef Larrach, Schreiner, 23 Jahre alt, gestorben zu Lünen.  
Wilhelm Bahr, Schreiner, 33 Jahre alt, gestorben zu Köln-Kalk.  
Ruhe in Frieden!

**Bewerkschaftliches.**  
Ein Pionier des sozialen Fortschritts.  
(Zum 70. Geburtstag Hans Hermann Frhr. v. Berlepsch).

Wenn wir uns das stattliche Gebäude unserer Arbeitergesellschaft in Deutschland: Arbeiterversicherung, Arbeiterschutzgesetzgebung, betrachten und uns rühmen, daß unser Vaterland unter den modernen Kulturländern auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform an der Spitze steht, so gedenken wir gern jener Männer, die mit ungeheurer Mühe, Aufopferung und selbstloser, hingebender Arbeit geholfen haben, diese Gesetzgebung zu schaffen. Wir zollen gern und freudig jenen Männern unsere vollste Anerkennung und unsern herzlichsten Dank, welche in einer Zeit die soziale Gesetzgebung gefördert haben, als die Arbeiterschaft selbst in der Schwäche der Organisation noch nicht so in der Lage war, hier mitzuarbeiten, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Unter jenen Persönlichkeiten ragt ganz besonders ein Mann hervor, der am 30. März dieses Jahres seinen 70. Geburtstag feiert; das ist der uns allen bekannte, in unserer christlichen Arbeiterschaft geachtete und beliebte Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Freiherr von Berlepsch. Wir feiern in ihm nicht bloß den Staatsmann, der in seiner Eigenschaft als Minister hervorragend mitgeholfen hat, die Arbeiterschutzgesetzgebung zu schaffen, sondern auch den Mann, der nach seiner Ministerzeit das Banner des sozialen Fortschritts ebenso klug wie entschieden und erfolgreich allen jenen bürgerlichen Kreisen vorangetragen hat, die sich auf dem Boden der Gesellschaft für Soziale Reform ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung zusammengefunden haben. Schon heute lenken wir deshalb die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder auf jenen Festtag, den wir mit ganzer Seele mitfeiern wollen.

Freiherr von Berlepsch begann in den 80er Jahren seine Staatslaufbahn als Landrat in Oberschlesien, war später Regierungspräsident von Düsseldorf und für kurze Zeit Oberpräsident der Rheinprovinz. Die Umgebung, in die er hier gestellt wurde, war so recht geeignet für einen sozialen, warmherzigen Menschen, wie er es war, mit den Arbeitern und Beschäftigten und den Wünschen der Arbeiterschaft bekannt zu werden. Eine scharfe Beobachtungsgabe, gepaart mit dem ersten Willen, Mißstände zu beseitigen, ließ in ihm die Idee reifen, zu deren Durchführung ihn der junge Kaiser und König Wilhelm II. im Jahre 1890 in das preussische Handelsministerium berief. Am 4. Februar 1890 ergingen die berühmten Arbeitererlasse des Kaisers, von denen der eine die internationale Verständigung über den Arbeiterschutz forderte, der andere den deutschen Arbeitern ein höheres Maß von Schutz für Leben und Gesundheit und die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern in Aussicht stellte. Schon im März desselben Jahres fand die bekannte und berühmte deutsche internationale Konferenz der Industriestaaten Europas in Berlin statt. Freiherr von Berlepsch war ihr Vorsitzender. Wenn die Beratungen auch damals nicht zum Abschluß von Verträgen geführt haben, so hat doch die gesamte Sozialpolitik durch diese Konferenz einen starken Impuls erhalten, der grundlegend war für die sozialen Fortschritte in den meisten Kulturländern.

Am stärksten war die Wirkung in Deutschland. Der in den 80er Jahren geschaffenen Arbeiterversicherung folgte nunmehr die langgeforderte Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung. Dem Reichstag wurde im Jahre 1890 eine aus den Händen des Freiherrn von Berlepsch hervorgegangene Konzeption der wichtigsten Teile der Gewerbeordnung vorgelegt. Erweiterung und Beschäftigung der Sonntagruhe, Sicherung der Lohnzahlung, Durchführung der Fortbildungsschule, gesundheitlicher und sittlicher Schutz der Arbeiter in den Betrieben, hygienischer Maximalarbeitsmaß für Männer, Höchststundentag für Frauen, Besserordnung der Arbeit für jugendliche Arbeiter, Arbeit gefährlicher Arbeit für Frauen und Jugendliche, Beschäftigung der Fabrikarbeiter; das war der bedeutende Inhalt der Revisoren dieser Arbeiterschutzgesetze, die mit dem Namen des Freiherrn von Berlepsch ewig verbunden bleiben. Gleichzeitig wurde der bekannte Beirat für Arbeiterschutz eingesetzt, der für einzelne Gewerbe mit überlangen Arbeitszeiten Erhebungen und Schutzvorschlüge machen sollte. Die gegenwärtige Tätigkeit dieses Beirats ist bekannt, wenn er auch leider gegenwärtig nichts mehr von sich hören läßt. Dem ihm wurden unterstellt die Beiratsmitglieder im Bekleidungs-, Gefäß-, Eisen-, Gewerbe der Eisenvermittlung, der Heimarbeit, ganz besonders der Konfektions- und Bekleidungsbranche usw. Gleichzeitig erfolgte die Errichtung von Gewerbebeiräten aus dem Kreis der Arbeiterschutzgesetze, die für die Bekämpfung von Streikgefahren aus dem Arbeitsverhältnis so ungemein segensreich gewirkt haben und bis heute noch wirken.

Das energische Vorgehen in der Sozialreform durch Freiherrn von Berlepsch wurde jedoch mächtige Gegner. Das Schatzkanzleramt fürchtete mit aller Gewalt gegen diesen sozialen Minister an, und wenn Freiherr von Berlepsch sich nicht dadurch helfen ließ, den einschlägigen Weg richtig und fest weiter ging, so gelang es doch der gegenwärtigen Stimmung unter dem Reichstagspräsidenten, eine Schwächung im sozialpolitischen Kurs durchzuführen, der weitgehend zu einem vollständigen Stillstand der Sozialpolitik führte. Noch gelang es von Berlepsch, die Bundesversammlung über die Notwendigkeit in Böhmen heranzuführen,

dann nahm er seinen Abschied, nachdem er die Einsicht gewann, daß für seine soziale Arbeit in der Regierung kein Platz mehr war. Nunmehr folgte ein Abschnitt sozialer Tätigkeit des verehrten Jubilars, die ihm ganz besonders zur Ehre und zum Ruhme gereicht. Er zog sich nicht zurück ins Privatleben, sondern stellte sich nunmehr an die Spitze einer Gruppe gleichgesinnter sozial denkender Männer, um mit ihnen gemeinsam die sozialen Ideen aus dem Volke heraus zur Geltung zu bringen. 1896 gründete er mit angesehenen Männern der verschiedenen Parteien und Berufe, wie Pöze, Brandis, Schmoller, Roßte, Merton, Geibel, von Notenburg, Franke u. a. die Zeitschrift: Soziale Praxis, als Organ der bürgerlichen Sozialreform. Kurze Zeit nachher erfolgte die Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform, und nach dem verunglückten internationalen Arbeiterschutzkongress in Zürich im Jahre 1897 legte er den Grundstein zu der heutigen Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, deren Gründung 1900 in Paris vollzogen wurde.

In diesen Gruppen wurde Freiherr von Berlepsch nunmehr der Träger der sozialpolitischen Reformidee. Seine Persönlichkeit steht von nun an im Mittelpunkt aller sozialpolitischen Arbeiten, sowohl auf nationalem wie auf internationalem Gebiete. Nicht bloß im Rahmen unseres Vaterlandes, sondern weit darüber hinaus genießt er die größte Hochachtung und das herzlichste Vertrauen. Sein Wort galt in allen schwierigen Situationen als entscheidend. Mit bewundernswürdiger Frische, Herzlichkeit und Zähigkeit hat er sich diesen Arbeiten gewidmet und hat die Genugung erlebt, daß nicht nur seine Ideen in unserem engeren Vaterlande praktische Gestaltung in der Gesetzgebung annahmen, sondern zwei internationale Arbeiterschutzverträge, dem voraussichtlich noch in diesem Jahre ein dritter folgen wird, waren ebenfalls der Erfolg seiner Arbeit. Ganz besonders aber hat Freiherr von Berlepsch die weitgehendsten und herzlichsten Sympathien der christlichen Arbeiterschaft sich errungen. Es war ihm nicht zu gering, trotz seines hohen Alters und seiner angesehenen Lebensstellung in den Versammlungen der christlichen Arbeiter zu sprechen. Zu Tausenden haben unsere Freunde ihm Gelauscht und seinen trefflichen Ideen stürmischen Beifall gezollt. Er selbst ist ein warmer Freund unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat sich mehr als einmal in der anerkanntesten Weise über unsere Bewegung ausgesprochen. Auf unserem letzten Kongress in Dresden hatte er in hochherziger Weise das Referat über das tarifliche Einigungswesen übernommen. Die Schaffung eines Reichseinigungsamtes, um möglichst die Arbeitskämpfe auf friedlichem Wege zu erledigen, ist eine seiner Lieblingsideen, die er gegenwärtig mit besonderer Energie vertritt. Die christliche Arbeiterschaft kämpft mit ihm für dieses Ziel.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir in Herrn Freiherrn von Berlepsch eine Persönlichkeit bewundern, die ihren schönsten Lohn findet in hoher Pflichterfüllung und selbstloser Arbeit im Dienste der Arbeiter und Angestellten mit dem Ziele, das harte Los des arbeitenden Volkes zu lindern und ihm den Weg zu ebnen zu einem kraftvollen Aufstieg in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Es ist deshalb nicht bloß ein Gebot dankbarer Pflicht, sondern ein Herzensbedürfnis für uns alle, wenn wir den Freund und Führer der bürgerlichen Sozialreform, dem Meister des internationalen Arbeiterschutzes zu seinem Ehrentage, am 30. März, unsere herzlichste und innigste Dankbarkeit zu erkennen geben. Erst die spätere Geschichte wird ihm den gebührenden Ehrenplatz in der Sozialpolitik unserer Zeit anweisen. Wir aber halten es für unsere Ehrenpflicht, unserer Dankbarkeit nicht bloß in Worten Ausdruck zu verleihen, sondern auch mitzuhelfen, die von ihm geschaffenen Werke, ganz besonders die Gesellschaft für Soziale Reform, auf das nachdrücklichste zu unterstützen und zu fördern und ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Die christliche Arbeiterschaft wird ihren Opferstimm dadurch beweisen, daß sie sich in umfangreicher Weise daran beteiligt, das Werk Freiherrn von Berlepschs sicherzustellen. Wir bitten unsere Beamten, Ortsgruppenvorstände, Vertrauensmänner und Mitglieder, wenn demnächst der Ruf an sie ergeht, sich an einem Werke zu Ehren Freiherrn von Berlepsch zu beteiligen, sich dem mit allem Nachdruck und mit der bekannten Opferwilligkeit zu unterziehen, die unsere christliche Arbeiterschaft von jeher ausgezeichnet hat. Der Wahlspruch, den Freiherr von Berlepsch für seine Tätigkeit sich selbst gewählt hat, „Gerechtigkeit allen, den Schwachen Schutz und Hilfe“, soll auch unser Wahlspruch sein, und an uns soll es liegen, unter diesem Wahlspruch die großen Kulturaufgaben der Sozialen Reform immer weiter zur Geltung und Durchführung zu bringen.

**Stimmen für die christlichen Gewerkschaften.** Bei der Neujahrsfeier des katholischen Zentral-Gesellenvereins in München führte Erzbischof Dr. v. Bettinger-München, in einer kurzen Ansprache u. a. folgendes aus:

Es hat mich gefreut, daß über 600 Vereinsmitglieder den christlichen Gewerkschaften angehören. Nach den Darlegungen des hochwürdigsten Herrn Präses hat sich dies aus der Lage der Verhältnisse selbst ergeben. Nachdem der Heilige Vater, die oberste Autorität der katholischen Kirche, die Zugehörigkeit der katholischen Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gebilligt hat, wünsche ich von ganzem Herzen, daß dieselben immer kräftiger sich entwickeln und die sorgsamste Pflege erfahren mögen. Mögen dieselben im rechten Geiste ihr Programm zur Durchführung bringen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zum Wohle der Gesamtheit zu heben. Mögen sie aber auch dem Gesellenverein die alte Treue bewahren und sich dessen Segnungen zunutze machen.

Das Organ der evangelischen Arbeitervereine in der Kreishauptmannschaft Zwickau, der Evangelische Volksfreund, behandelt in zwei vielbeachteten Aufsätzen die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zu den Gewerkschaften. Nach einer Beurteilung der in den letzten Wochen in der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereinspresse erschienenen Artikel, die eine Verleumdung der katholischen und evangelischen Konfessionen darstellen und nach einer Würdigung der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen kommt das Blatt zu dem Ergebnis:

„Gefährlich ist unsere Neutralität in der Gewerkschaftsfrage, ... auch in ihr gilt: prüfen, entscheiden und dann mit männlicher Entschiedenheit kämpfen für das Rechte, Wahre! Unsere Zeit braucht ganze Männer Charaktere. Verblüfflichkeiten —“





Ihnen wollen wir uns, wollen wir unsere Mitglieder immer mehr erziehen — darum fort mit der Neutralität! . . . Fort mit aller Leisetreterei, die deutscher, evangelischer Männer so unwürdig ist! Noch hat man nie Einzelpersonen, die zwei Herren dienen wollen, im Leben ernst genommen und nie haben Organisationen mit zwei Seelen sich zu einem Machtfaktor aufschwüngen können. Darum weg mit der Neutralität, hinein in die christlichen Gewerkschaften!

**Trennung eines Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts!**  
 In Stolberg (Nhl.) legten bei der Firma William Prym (Fabrik für Druckknöpfe und Madlerwaren) infolge Maßregelung von vier Vertrauensmännern des christlichen Metallarbeiterverbandes und weil den Arbeitern die Gründung eines „gelben“ Werkvereins auszuweichen werden sollte, die Arbeiter mehrerer Abteilungen plötzlich die Arbeit nieder. Wenngleich die Arbeitsniederlegung unter Kontraktbruch von den Organisationsleitungen nicht gutgeheißen wurde, so erklärten sie — einschließlich der des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts — doch ihre Zustimmung zu dem Kampfe, da die Firma durch fortgesetzte Affordredungen, Maßregelungen, und vor allem durch die an die Auszahlung einer „Weihnachtsgratifikation“ geknüpfte Bedingung — aus dem Gewerkschaftsverband auszutreten — zur Arbeitsniederlegung provoziert hatte. Etwa ein Drittel der Anstehenden gehörte dem Gewerkschaftsverband der Maschinenbau- und Metallarbeiter Hirsch-Dunder an, dessen Führer Hartmann-Nachden die Arbeiter in einer entscheidenden Versammlung in der schärfsten Weise zum Kampf aufgefordert hatte. Am 15. Januar — 5 Tage nach der Arbeitseinstellung — suchte Herr Hartmann ohne Wissen der andern am Kampfe beteiligten Organisationen Verhandlungen nach und führte nach der Erklärung des Firmenvertreters, — „die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Vereins können die Arbeit wieder aufnehmen, die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes aber müssen durch Unterschrift erklären, aus dem Verbande auszutreten“ — eine Abstimmung unter seinen Mitgliedern herbei. Den Standpunkt seiner Organisation zu dem Angebot der Firma legte Hartmann in folgenden Worten dar: „Die Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsverband ist unseren Mitgliedern freigegeben, für uns ist somit das Organisationsrecht gewahrt und fällt damit für uns der Grund zum weiteren Streik weg.“ Die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Vereins beschloßen dann, unter diesen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen, was dann am 16. Januar morgens 6 Uhr geschah. Zur Charakterisierung des Verhaltens der Hirsch-Dunderschen ist noch zu bemerken, daß die Firma die von einer Arbeiterkommission vorgelegten Fragen — ob die Anstehenden und Gemäßigten wieder eingestellt würden und an der Wiedereinstellung Bedingungen in Bezug auf die Zugehörigkeit zur Organisation geknüpft werden sollten — bis zum 16. Januar nachmittags 4 Uhr beantwortete. Die Antwort lautete dann: „Von den Mitgliedern des christlichen Verbandes wird niemand wieder eingestellt.“ Vermittlungsversuche, die von unbeteiligter Seite unternommen wurden, endeten mit demselben Resultat. In der Arbeiterschaft herrscht über den Treubruch des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts große Entrüstung.

**Gegen das Koalitionsrecht.** Herr J. Thum in Revelar, Inhaber einer Gebetsbuchfabrik, kündigte mehreren seiner Arbeiter, die sich dem Graphischen Zentralverbande angeschlossen hatten unter allerlei haltlosen Vorwänden. Die Arbeiter erblickten hierin einen Angriff auf ihr Koalitionsrecht, umso mehr, als Herr Thum erklärte, niemals mit der Organisation über Lohnfragen zu verhandeln. Die Löhne sind in Revelar bedeutend niedriger, als an anderen Orten. Lohnforderungen sind bisher seitens der Organisation nicht gestellt worden. Da Herr Thum den Arbeitswilligen 10 Prozent mehr Lohn bietet, als seinen bisherigen Arbeitern, gibt er selbst zu, daß die Löhne bisher in Revelar zu niedrig waren. Die dortigen Arbeiter haben also guten Grund, sich zu organisieren. Herr Thum meint, nur in der Großstadt sei die christliche Organisation angebracht, damit die Sozialdemokratie durch sie bekämpft werde. Diese Auffassung ist recht sonderbar. Einem Fabrikanten von Gebetsbüchern steht es schlecht an, christliche Arbeiter deswegen in den Streik zu zwingen, weil sie sich der christlichen Gewerkschaften anschließen. 36 Arbeiter seines Betriebes, die mit der Entlassung ihrer ebenfalls christlich organisierten 4 Gesinnungsgenossen nicht einverstanden sind, traten am 16. Januar in den Streik, nachdem alle denkbaren Versuche zu einer friedlichen Verständigung nicht führen konnten. Sie müssen sich das Koalitionsrecht noch erkämpfen.

**Arbeiter und Arbeitgeber in England.** In einem Teile der Tagespresse wird ein Brief veröffentlicht, den Alfred Mond, der Sohn eines der größten Industriellen Englands, an den bekannten Professor Lujo Brentano in München gerichtet hat. Der Brief behandelt das Verhältnis, in dem Unternehmer und Arbeiter bzw. Arbeitergewerkschaft und Unternehmerverband in England zueinander stehen. Der Brief lautet:

„Sehr geehrter Herr Brentano!

Mit Vergnügen erlaube ich Ihnen Ihren Wunsch, Ihnen die Auffassung der großen Mehrheit der englischen Großindustriellen über den heutigen Stand der Arbeiterbewegung mitzuteilen. Ich bin ein Freund von Deutschland, wünsche Freundschaft zwischen England und Deutschland und bin der Meinung, daß solche Freundschaft durch nichts mehr gefördert werden kann, als durch gemeinsames Zusammenarbeiten an Problemen, welche beiden Völkern gemeinsam sind. So verführe ich Sie denn und allen denen, welche diese meine Zeilen lesen werden, sowohl in meiner Eigenschaft als großindustrieller Unternehmer als auch als Parlamen-

tarier und Politiker, welcher seit Jahren alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt:

1. Daß in England kein Mensch daran denkt, die Gewerkschaften beseitigen zu wollen, daß vielmehr die Arbeitgeber sich daran gewöhnt haben, mit Arbeiterorganisationen zu arbeiten. Viele von den größten Industrien, so die Eisenhämmer, die Stahl- und Eisenindustrie, Baumwolle, Textil, Schiffbau, Zinnplatten, Gasen- und Transportarbeit, Kohlen- und andere Erubenarbeit usw. haben ihre „Conciliation Boards“, Federationen, oder Unions, und arbeiten unter kollektiven Arbeitsverträgen. In solchen Industrien bekennen sich die Arbeitgeber zu der Einsicht, daß es sehr schwer wäre für sie, ohne die Arbeiterorganisation auszukommen.

2. Daß man fast allgemein gewillt ist, mit den organisierten Arbeitern gemeinsam die Arbeitsbedingungen festzustellen und bei solchen Verhandlungen die Führer der Gewerkschaften als die Vertreter der Arbeiter anzunehmen.

3. Daß man weit entfernt ist, in den Führern der Gewerkschaften bezahlte Agitatoren und Streikführer zu erblicken, indem diese Führer vielmehr sich als Regel durch Verantwortlichkeitsgefühl auszeichnen und demgemäß als der mächtigste Faktor in der Arbeiterbewegung erkannt werden.

4. Daß die Vertragstreue beider Parteien mit der Zunahme der friedlichen Erledigung der Lohnkämpfe zugenommen hat, und eine Abweichung bei den allorganisierten Gewerkschaften gar nicht, bei den neuen und schlechtorganisierten nicht öfter als bei den beteiligten Arbeitgebern vorkommt.

5. Daß man allgemein den kollektiven Arbeitsvertrag als die praktikabelste Weise ansieht, um die Lohnverhältnisse in den Industrien zu regeln, daß es den Arbeitgebern in einer gegebenen Industrie mehr darauf ankommt, daß sie alle dieselben Löhne bezahlen, als daß diese ein wenig höher oder niedriger sind; daß, obgleich Arbeitskämpfe vorkommen, vielmehr vermieden werden und ihre Regelung auf mehr dauernde Basis abgeschlossen werden kann.

6. Daß man dementsprechend, wo aus irgend einem Grunde ein kollektiver Arbeitsvertrag auf Grundlage der Freiwilligkeit nicht stattfinden kann, unter dem Beifall der öffentlichen Meinung darauf ausgeht, Mindestlöhne und Mindestleistungen durch Gesetzgebung und eigens geschaffene Behörden festsetzen zu lassen.

7. Daß weder das englische Mutterland, noch die großen englischen Kolonien, in denen, sei es freiwillig, sei es gezwungen, der kollektive Arbeitsvertrag eingeführt oder seinen Festsetzungen Rechtsverbindlichkeit zuerkannt ist, dadurch in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschädigt worden sind.

8. Daß die Anzahl von Syndikalisten in England ganz unbedeutend ist; daß die Bewegung mehr in der Presse als unter den Arbeitern existiert; daß der ganze Gedankengang den englischen Arbeitern unpopulär ist und gegen ihren praktischen Sinn verstoßt. Der englische Arbeiter ist vor allem Geschäftsmann, der Resultate in höherem Lohn oder besseren Arbeitsbedingungen sehen will und der für Theorien nichts übrig hat. Darüber sagte sehr treffend Herr James Ramsay MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei im englischen Abgeordnetenhaus: „Syndikalismus is simply playing at things; it opens the door to the worst form of reaction.“ MacDonald spricht die Meinung der Führer der organisierten Arbeiter und der Gewerkschaften aus.

Ich erlaube Ihnen, von diesem Brief jeden Gebrauch in der Öffentlichkeit zu machen, der Ihnen gut scheint. Mit herzlichem Gruß Ihr ergebendster Alfred Mond.“

Die in diesem Briefe zum Ausdruck kommende Gesinnung macht den englischen Unternehmern sowohl als auch den Gewerkschaftsführern alle Ehre. Bei uns in Deutschland hat sich das Unternehmertum im allgemeinen zu einer solchen Höhe sozialer Erkenntnis noch nicht aufschwüngen können. Es muß erst durch Schaden klug gemacht werden.

**„Freie“ Gewerkschaftssekretäre als Freidenkerapostel.**  
 In Nürnberg emfanden die Freidenker eine aufsteigende Agitation. Bezeichnend ist, daß sich hierbei sozialistische Gewerkschaftsführer in erster Linie hervortun. Von ihnen wurde legitim ein Aufruf verbreitet, worin mit den massiven Mitteln zum Austritt aus der Kirche Stimmung gemacht wird.

„Steter Tropfen höhlt den Stein, höhlt, untergräbt und stürzt auch den Felsen, auf dem die Zwangsburg der Kirche troht. . . Stellen Sie die innere Wahrheit, die Selbstachtung wieder in sich her, treten Sie aus der Kirche aus! . . . Darum dürfen Sie letzten Endes auch keine Rücksicht auf kirchentrere Eltern und sonstige Anverwandte nehmen. . . Aber nicht sich selbst, auch der Nachwelt sind Sie mit Ihrem Tun verantwortlich. Schiden Sie darum Ihre Kinder nicht in den christlichen Religionsunterricht. . . Gehen Sie zum Pfarrer, erklären Sie dort kurz und bündig Ihren Austritt aus der Kirche und bekennen Sie sich stolz und freudig als Dissident!“

Den Aufruf haben mitunterschieden:  
 Georg Bohl, Gewerkschaftssekretär, Theodor Trey, Gewerkschaftsbeamter, Nikolaus Schemmüller, Arbeitersekretär, Helene Grünberg, Arbeitersekretärin, Karl Herrmann, Gewerkschaftsbeamter, Hans Herrmann, Hauptvorstand, Franz Holzinger, Gewerkschaftsbeamter, Josef Simon, Mitglied des Reichs- und Landtages (und Vorsitzender des sozialdemokratischen Schuhmacherverbandes), Georg Unruh, Gewerkschaftsbeamter, Jakob Wolfram, Gewerkschaftsbeamter.

So treiben es die Führer der angeblich neutralen „freien“ Gewerkschaften in ihren roten Hochburgen, während sie auf dem Lande den christlichen Arbeitern nach dem Munde zu reden wissen, nur um sie in die sozialdemokratischen Netze zu locken.

Die Tarifverträge 1911/12. Nach der in der letzten Nummer (12 1912) des „Reichsarbeitsblatt“, der Zeitschrift des Reichsstatistikamtes, mitgeteilten Statistik über die Tarifverträge Ende 1911 bzw. Anfang 1912 ergibt sich von der Gesamtsumme der 10 520 Tarifverträge folgende Verteilung auf die einzelnen Gewerbegruppen (die eingeklammerten Ziffern bedeuten die Zahl der Betriebe bzw. Personen, die von den Tarifverträgen erfasst werden): Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei 24 (378 1207), Industrie der Steine und Erden 609 (346 46 101), Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen usw. 1185 (19 937 190 065), Textilindustrie 187 (567 15 916), Papierindustrie 117 (2074 27 794), Lederindustrie 290 (7296 38 381), Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 1247 (27 291 285 419),

Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 1710 (10 661 98 220), Bekleidungsindustrie 767 (23 391 181 381), Reinigungsindustrie 22 (1146 982), Baugewerbe 2702 (70 533 560 663), Poligraphische Gewerbe 64 (1094 9159), Handelsgewerbe 86 (84 4589), Verkehrsgewerbe 800 (7778 73 878), Gast- und Schankwirtschaft 165 (1100 4204), Sonstiges 545 (4056 64 868), Summe 10 520 (183 232 1 552 827). Im Jahre 1911 traten neu in Kraft 3868 Tarifverträge für 46 756 Betriebe mit 416 923 Personen. Von diesen Tarifgemeinschaften erstreckten sich 2085 mit 37 268 Betrieben und 166 529 Personen im wesentlichen auf das Handwerk. Die bisherige Tarifstatistik des Reichsstatistikamtes umfaßt jeweils die Tarifverträge, die im letzten Jahre in Kraft getreten sind. Bereits am Anfang 1912 ist eine Reform in die Wege geleitet, auf Grund deren nicht nur die Tarife des Berichtsjahres, sondern sämtliche im Berichtsjahr in Kraft befindlichen Tarifverträge, auch die aus früheren Jahren übernommenen, ihrem ganzen Inhalt nach dargestellt werden sollen.

## Soziale Rundschau.

### Nationale Wirtschaftspolitik, die Voraussetzung für soziale Reformen.

Professor Hertner, der Verfasser des bekannten Buches „Die Arbeiterfrage“, hat sich jüngst zu den Demonstrationen der Sozialdemokratie gegen den Krieg in einer bemerkenswerten Weise geäußert. Neu sind uns christlichen Gewerkschaftlern die Gedankengänge allerdings nicht, da sie uns längst in Fleisch und Blut übergegangen sind. Professor Hertner wendet sich denn auch an die sozialdemokratischen Arbeiter, die er durch seine Ausführungen von der Notwendigkeit einer nationalen Wirtschaftspolitik überzeugen will, sollen soziale Notwendigkeiten in Erfüllung gehen. Er schreibt (Nachrichten für Stadt und Land, Oldenburg Nr. 326): „Es sind kritische Zeiten, in denen wir leben — Zeiten, die mit jeder Eventualität rechnen müssen. Probleme der inneren Politik, die seit Jahren im Vorbergrunde des Denkens der Nation gestanden haben, müssen zurücktreten gegenüber brennenden Fragen der auswärtigen Politik, bei deren Lösung die Einheit des Volkswillens eine erste Notwendigkeit ist. Man kann leider nicht sagen, daß in Deutschland eine einheitliche Auffassung in diesen Dingen bestanden, und viele Schichten des Volkes und insbesondere die politischen Vertreter des Arbeiterstandes stehen einer kraftvollen und selbstbewussten auswärtigen Politik, die für uns immer Weltmachtpolitik sein muß, gegenüber. Man muß darüber einmal in aller Deutlichkeit verhandeln, schon im Interesse der Arbeiter selbst, im Interesse ihrer eigenen Wünsche. Denn sie müßten sich klar sein, daß eine große Reihe sozialer Verbesserungen, die sie sich wünscht und die auch wir ihr wünschen, eine zielbewusste auswärtige Politik zur notwendigen Voraussetzung haben. Erst wenn die auswärtige Politik eine aufsteigende Entwicklung des ganzen Wirtschaftslebens sichert, sind soziale Reformen großen Stils möglich. Dieser Zusammenhang wird von den Arbeiterkreisen noch oft verkannt. Einer ihrer Führer, Wilhelm Liebknecht hat einmal das Wort gesprochen: „Die beste auswärtige Politik ist gar keine.“ Eine solche Auffassung ist eine starke Gefahr für einen Staat.“

Ganz besonders ungünstig steht in dieser Beziehung das Deutsche Reich da. Einmal hat keine große Arbeiterpartei eines anderen Landes den „Internationalismus“ so ernst genommen, wie die deutsche Sozialdemokratie, und dann hat unter den modernen Großstaaten kein anderer auf dem Gebiete der äußeren Politik noch so schwere und wichtige Aufgaben zu erfüllen wie das Reich. Es handelt sich hier nicht um die internationale Handelspolitik, nicht nur um die Sorge, den auf die Ausfuhr angewiesenen Gewerben lohnende Märkte zu eröffnen oder zu halten. Noch wichtiger ist die Erweiterung der territorialen Basis des deutschen Volkes. Unter den industriellen Großstaaten ist diese nirgends so ungünstig wie beim Deutschen Reich. England, Nordamerika, Frankreich, Rußland, sie alle verfügen über einen gewaltigen Landbesitz, der auch für die Entwicklung der Landwirtschaft noch weiten Spielraum gewährt. Das Deutsche Reich dagegen konnte sich innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen höchstens durch innere Kolonisation im ostelbischen Gebiet noch einige Millionen landwirtschaftlicher Bevölkerung schaffen. Die bereits erworbenen überseeischen Besitzungen bieten dazu wenig Aussicht. So müssen wir auch Kolonialland erwerben, in welchem deutsche Bauern gedeihen. Das einzige Mittel, um diesen Erwerb ohne Blutvergießen durchzuführen, besteht darin, eine so imposante Macht zu Wasser und zu Lande zu entfalten, daß der Widerstand den Gegnern von vornherein vergeblich und nutzlos erscheint. Daß die deutsche Seemacht zurzeit und auch nach der Vollendung der Flottenvergrößerungspläne dieser Bedingung nicht entspricht, wird vielfach bestritten. Will das deutsche Volk eine den Angelegenheiten entsprechende Stellung auf dem Erdball behaupten, so muß es noch gewaltige Opfer für seine bewaffnete Macht bringen. Es genügt dabei nicht, daß dem Reichstage mit Mühe und Not die finanziellen Maßnahmen abgerungen werden. Wenn nicht die große Masse des deutschen Volkes hinter einer solchen Politik steht, wird sich das Ausland immer durch die Hoffnung, daß innere Zwietracht das Reich im Falle der Aktion lähmen werde, in seinem Widerstande bestärken lassen.

Es muß ferner bedacht werden, daß ohne territorialer Erweiterung eine soziale Reform großen Stils gar nicht möglich ist. Auch Deutschland braucht eine „freie Brücke“ über die See. Wenn man nicht weiter, wie es in der Vergangenheit geschehen ist, durch die deutsche Auswanderung fremde Mächte stärken will, so muß diese Brücke von altdeutschem Land zu neuem Land führen. Die Vorteile, welche die Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes bei freier Auswanderung in deutsche Kolonialkolonien den Arbeitern bringen muß, können sich diese auf die Dauer unmöglich entgegen lassen. Um es mit einem bekannten Worte Combars auszudrücken: auch die deutschen Arbeiter werden einsehen müssen, daß über den Kampf um den Futteranteil der Kampf um die Futterplätze nicht vergessen werden darf.

Nachdem innerhalb der Sozialdemokratie in bezug auf andere Fragen wichtige Wandlungen sich vollzogen haben, braucht man allerdings die Hoffnung auch nicht aufzugeben, daß im Laufe der Zeit auch die auswärtige Politik und speziell die koloniale Expansion eine realistischere Beurteilung finden wird. Die Frage ist nur die, ob sich dieser Wandel rasch genug andeuten wird. In dem raschen Tempo, in welchem heute die anderen Kulturnationen sich ausbreiten, wird bei längerem Zuwarten für Deutschland ein der Aneignung wertiges Gebiet kaum mehr übrig bleiben, das nicht bereits von Engländern, Franzosen oder Russen in Anspruch genommen worden ist. Deshalb muß dafür Sorge getragen werden, daß die soziale Versöhnung der heute noch durch scharfe Gegensätze getrennten sozialen Schichten unseres Volkes Fortschritte macht, damit alle gemeinsam Freude an unserem Staatswesen haben und die großmütige, unbedingte Entschlossenheit aufbringen können, alles für seine Erhaltung und Größe herbeizuführen. Das sind Pflichten, die Pflichten von oben und Pflichten von unten sind — die Zeit ist erst genug, daß wir uns daran erinnern."

Den Ausführungen stimmen wir voll und ganz zu, bis auf die Hoffnung, die Sozialdemokratie würde ihre Ansichten in all den Fragen einer Revision unterziehen. Wer das glaubt, ist ein Illusionist. Im gleichen Augenblick, wo die heute sozialdemokratisch gesinnten Massen von ihrem jetzigen Standpunkt abrücken, ist es mit der Sozialdemokratie am Ende. Nicht die Aenderung der Anschauungen in der Sozialdemokratie wird uns gesündere Verhältnisse in der Auffassung über das Wirken des nationalen Staates bringen, sondern lediglich die Ueberwindung der Sozialdemokratie.

**Soziale Wahlen.** Bei der Wahl des Gesellen-Ausschusses zur Schreiner-Zunft in Darmen wurden die Kandidaten des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter mit 42 Stimmen gewählt. Für die Liste des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes wurden 33 Stimmen abgegeben.

**Vom Kölner Krankenkassenwesen.** Nach der Zusammenstellung der Aufsichtsbehörde zählen die gesamten Krankenkassen Kölns am Jahreschlusse 1911 139854 Mitglieder, darunter 89967 weibliche. Die starke Zerplitterung des Kölner Krankenkassenwesens bedauert nichts besser als die Tatsache, daß wir es mit 90 Kassen zu tun haben. Darunter sind 16 Ortskrankenkassen, 65 Betriebskrankenkassen und 9 Zunftkrankenkassen. Zehn Ortskrankenkassen stammen aus dem Jahre 1884. Die letzte wurde im Jahre 1896 gebildet. Die größte Kasse ist die für das stehende Gewerbe mit 28185 Mitgliedern, während die kleinste Rüngersdorf II mit 198 Mitgliedern ist. Die Holzarbeiter sind in den verschiedenen Kassen verteilt, jedoch es unsern Verbande, wie überhaupt den christlichen Gewerkschaften in Köln schwer fällt, in einer Kasse nennenswerten Einfluß zu gewinnen. Am günstigsten liegen die Verhältnisse wohl noch in der schon genannten Kasse für das stehende Gewerbe. Insgesamt zählen die Ortskrankenkassen 88350 Mitglieder. Die 65 Betriebskrankenkassen verzeichnen eine Mitgliederzahl von 42162. Die größte Kasse dieser Art ist die der Maschinenbauanstalt Humboldt mit 3798 Mitgliedern. Dieser folgt die Kasse der Deutzer Gasmotorenfabrik mit 3717 Mitgliedern. Die kleinste Betriebskrankenkasse ist die der Tiefbauunternehmung Selbach mit 2 Mitgliedern. Von bekannteren Betriebskrankenkassen zählen Mitglieder: Berlin-Anhaltische Maschinenbau A.G. 3119, Goldbleisfabrik Könnemann 196, Waggonfabrik Verband 1111, Waggonfabrik von der Hopen & Charlier 2883, Stahlwerke von der Hopen 1356, Warenhaus Tietz 1181, Maschinenbauwerk Mannsbecht 1082. Die Stadt Köln hat im Jahre 3 Betriebskrankenkassen 6849 Mitglieder. Unter den Zunftkrankenkassen (insgesamt 8156 Mitglieder) zählt die der Tischler-Zunft 954, die der Stellmacher-, Schmiede- und Wagenbau-Zunft 273 Mitglieder.

Die Zahl der Erkrankungsfälle belief sich im Jahre 1911 auf 73190, die Zahl der Krankheitsstage auf 1505492. Todesfälle ereigneten sich 978. Die Gesamteinnahmen der Kassen beliefen sich auf 6633381 Mk., die Ausgaben auf 5996208 Mk. Das Gesamtvermögen belief sich auf 4757683 Mk.

Die höchsten Einnahmen und Ausgaben pro Mitglied hatte die Betriebskrankenkasse der Städtischen Posten mit 73,22 Mk. resp. 79,88 Mk., die niedrigsten Einnahmen die Kasse der Junges-Krankenkasse der Bäcker mit 14,91 Mk. Die letztgenannte Kasse hatte auch die niedrigsten Ausgaben pro Mitglied (wenn man von der Betriebskrankenkasse Selbach abliest, die nur 1 Mk. an Arzt Honorar bezahlte) mit 13,39 Mk. Die Beitragleistung der Kassenmitglieder pro Woche war am höchsten in der Betriebskrankenkasse von Hiedemann mit 120 Mk., am niedrigsten bei der Bäcker-Zunft-Krankenkasse Kall sowie der Kasse der Westdeutschen Eisenbahn-

Gesellschaft mit 4 Pf. Der letzte Satz gilt natürlich nur für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter mit sehr geringem Verdienst. Für diese wird denn auch nur ein tägliches Krankengeld von 28 resp. 20 Pf. gezahlt. Das höchste Krankengeld zahlt bei einem Wochenbeitrage der Arbeiter von 1,05 Mk. die Betriebskrankenkasse der Expeditions- und Lagerhaus Mt.-Ges. mit 3,50 Mk., die Stellmacherkassen zahlen bei 75 Pf. Beitrag 2,25 Mk. Krankengeld, die Tischlerkassen bei 60 Pf. Beitrag 2,20 Mk.

**„Die Krankenversicherung.“**

Der neugebildete „Gesamtverband deutscher Krankenkassen“ (G.-V.), die hauptsächlich von den christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen geschaffene Organisation derjenigen Krankenkassen die nicht unter sozialdemokratischer Leitung stehen, hat soeben die erste Nummer seines Verbandsorgans „Die Krankenversicherung“ herausgegeben. Das Blatt soll am 10. und 25. eines jeden Monats erscheinen. Als Redakteur des Organs fungiert Reichstagsabgeordneter, Kollege Becker-Krnsberg. Der vierteljährliche Bezugspreis der Zeitschrift beträgt 1,25 Mk.

Die vorliegende Nummer 1 bekundet schon, daß mit der Neubildung allen denen, die mit der Krankenversicherung zu tun haben, ein guter Dienst erwiesen wurde. Außer je einem Artikel „Zur Einführung“ und über die Aufgaben des „Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen“, enthält die Zeitschrift lehrreiche Abhandlungen über den Aufbau der Krankenkassen, die Altersfrage, Krankenkassenwahlen etc. Von großem Wert ist die Rubrik „Auskünfte“, in der Abonnenten der Zeitschrift Auskunft über Fragen aus der sozialen Versicherung gegeben wird.

Soweit den Vorstandsmitgliedern und Delegierten der Krankenkassen, „Die Krankenversicherung“ nicht seitens ihrer Korporation zur Verfügung gestellt wird, ist ein Abonnement auf die Zeitschrift durchaus angebracht. Auch in den Zahlstellen der Gewerkschaften sollte man darauf abonnieren und die gesammelten Nummern am Jahreschlusse eingebunden der Zahlstellenbibliothek einreichen. Bestellungen haben zu geschehen bei der „Geschäftsstelle des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen, Köln, Eintrachtstraße 147“.

**Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung.** Im Dezemberheft des Reichsarbeitsblattes wird eine Uebersicht gegeben über die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung im Vierteljahrhundert 1885 bis 1910. In dieser Zeit zahlte die Krankenversicherung für 92 582 319 Erkrankungsfälle mit 1 679 535 045 Krankheitsstagen Entschädigungen; in der Unfallversicherung wurden Unfälle entschädigt, insgesamt 2 273 137; in der Invalidenversicherung Renten gezahlt 2 471 247, davon Invalidenrente 1 862 798, Krankenrenten 115 455, Altersrenten 492 994. Von den Beitragserstattungen entfielen auf Heirat 2 109 632, Unfall 6 519, Tod 472 902. Die Einnahmen betragen im angegebenen Zeitraum bei der Arbeiterversicherung insgesamt 11 642 652 800 (in Worten über 11 1/2 Milliarden) Mark, die Ausgaben 9 086 567 900 (über 9 Milliarden) Mark.

Von den Beiträgen, aus denen sich im wesentlichen die Einnahmen zusammensetzen, entfielen auf die Arbeitgeber, in runden Summen ausgedrückt, 5,25 Milliarden und auf die Versicherten 4,64 Milliarden Mark. Der Zuschuß des Reiches, der bekanntlich aus den Mitteln der Allgemeinheit gezahlt wird, belief sich bei der gesamten Versicherung auf 2,5 Milliarden Mark. Im einzelnen hatten 1885/1910 die

Krankensicherung	Einnahmen	Ausgaben	Bermögen
Krankensicherung	4 970 224 000	4 617 040 000	318 573 300
Unfall-sicherh.	214 528 600	2 174 186 500	540 342 000
Invalidensicherung	3 957 500 200	2 295 341 400	1 662 158 700

Was endlich die Entschädigungsleistungen der einzelnen Versicherungsarten anbelangt, so betrug die Summe bei der Krankenversicherung 4 351 764 900 Mk., Unfallversicherung 1 972 734 400 Mk., Invalidenversicherung 2 068 432 100 Mk.; um einige Leistungen hervorzuheben, wurden z. B. veranlagt bei der Krankenversicherung für ärztliche Behandlung 925 318 600 Mk., für Arznei und Heilmittel 667 553 200 Mk., für Krankengeld 1 927 573 100 Mk., für Krankenhospitalkasse 563 694 200 Mk.; Unfallversicherung: für Krankentage 1 544 489 100 Mk., für Berletzenteile 1 422 166 300 Mk., für Hinterbliebenenrente 355 605 100 Mk., für Witwenabsicherung 13 232 800 Mk.; Invalidenversicherung (seit 1891): für Heilverfahren 1 525 718 800 Mk., Invalidenrente 1 331 596 100 Mk., für Altersrente 438 528 900 Mk., für Krankenrente 29 248 600 Mk. Im Lichte dieser Millionen und Milliardenziffern nimmt sich die deutsche Arbeiterversicherung doch ganz anders aus, als wie sie die Sozialdemokratie erscheinen lassen möchte.

**Aus Arbeitgeberkreisen.**

Ein neuer Arbeitgeberverband für das Wagner-gewerbe. Die Nummer 1 des in München erscheinenden „Chaisen- und Wagenbau“ brachte einen Satzungsentwurf des neugegründeten Arbeitgeberverbands des für das Wagenbau-gewerbe in Bayern. Der Verband soll eine Unterabteilung des Verbandes der Wagner-Zunfungen und Wagnermeister Bayerns sein. Wir würden der Sache kein weiteres Interesse schenken, wenn nicht schon der § 2, Absatz c besagen würde: „Gemeinsames Vorgehen bei Aussperrungen und Streiks sowie bei Abschluß allgemeiner Arbeiterlohn- und Tarifverträge, Unterstützung der durch Arbeiterlohnbewegung geschädigter Verbandsmitglieder.“ Ferner dürfen örtliche Tarifabschlüsse in Zukunft nur unter Hinzuziehung des Vorsitzenden der Geschäftsabteilung getätigt werden. Die Namen der streikenden Gehilfen werden den Verbandsmitgliedern mittels Zirkularen bekanntgegeben und ist jedes Verbandsmitglied verpflichtet, streikende oder ausgesperrte Arbeiter nicht aufzunehmen. Die von Streiks betroffenen Mitglieder werden durch Uebernahme von Arbeiten durch nicht in Mitleidenschaft gezogenen Mitglieder unterstützt. Zuwiderhandlungen werden mit 500 bis 1000 Mk. bestraft. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind pro beschäftigten Gehilfen und Jahr 8 Mk. Beitrag festgesetzt; dafür sollten bei Streiks und Aussperrungen pro Tag und Gehilfen 2 Mk. vergütet werden. Zu erwähnen wäre noch, daß in der eingangs genannten Zeitschrift ein Artikel Aufnahme gefunden hat, der die gelbe Bewegung lobhudelt. Seinen Zweck dürfte der Artikel unter den bayerischen Kollegen verfehlen. Wir sehen also, daß zur Zeit ein frischer Scharfmacherwind durch das Wagenbau-gewerbe weht. An den Kollegen ist es nun, noch intensiver in der Agitation mit zuarbeiten. Besonders müssen die Wagenbaukollegen das platte Land mehr wie bisher im Auge behalten. Halten es dort die Meister für nötig sich zu organisieren, so kann für einen Gehilfen erst recht kein Grund mehr vorhanden sein, sich der Organisation fernzuhalten. Daß unsere Münchener Kollegen rührig an der Arbeit sind, das beweist ihre am 4. Januar stattgefundene Generalversammlung. Die Versammlungen waren, wie der Geschäftsbericht besagt, durchweg sehr gut besucht. 30 Kollegen wurden neu aufgenommen. Leider ist die Zuwanderung älterer Kollegen gleich Null. Wir möchten deshalb an alle Kollegen, welche im Frühjahr den Wanderstab ergreifen, die Bitte richten, auch München nicht zu vergessen.

**Bereinigung der Goldbleisfabrikanten.** Nachdem sich die Goldbleisfabrikanten von Hamburg und Umgebung zu einem Arbeitgeberverband zusammengeschlossen, der die gemeinschaftliche Vertretung der Fabrikanten den Forderungen der Arbeiter und ihrer Organisationen gegenüber und die Förderung wirtschaftlicher Interessen zum Zweck hat, fand am 12. Januar in Berlin eine Versammlung sämtlicher Goldbleisfabrikanten Deutschlands statt, in der die Frage des Zusammenschlusses der gesamten deutschen Goldbleisindustrie zu einem Branchenverband erörtert wurde.

**Literarisches.**

**Reichsversicherungsordnung mit Einführungs-gesetz.** Im Volksvereinsverlag M. Glabbe ist eine Ausgabe der Reichsversicherungsordnung erschienen. Diese Ausgabe bringt nicht nur den ganzen Gesetztext mit ausführlichen und leicht verständlichen Erläuterungen, sondern berücksichtigt neben den Bestimmungen des Einführungs-gesetzes auch eingehend die Ausführungsbestimmungen für die wichtigsten Bundesstaaten. So dürfte es wohl das am leichtesten verständliche, das umfassendste und auch das billigste (544 S. 8° geb. Mk. 2.—) Wert über die R.-V.-O. sein.

**Briefkasten.**

**Lohne.** Ueber die Generalversammlung sind zwei Berichte eingegangen. Im vorigen Jahr war's ebenso. Warum keine bessere Verständigung untereinander?  
**Arbeitslosenmeldebekannt.** die am 12. und noch später einlaufen, haben gar keinen Wert, da dann das Endergebnis schon längst zusammengestellt und an das Statistische Amt in Berlin weitergegeben ist.  
 Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1913 ist beim Gewerkschaftsverlag vollständig vergriffen. Die Taschenbücher der katholischen und evangelischen Arbeitervereine sind noch vorrätig.

**Bleistifte**  
**Maternasse, Notizbücher**  
 Mehrere zum Verkauf in den Zahlstellen preiswert u. gut. Muster-Sortiment von Bleistiften geg. Einsendung v. 1 M. in Briefmarken. Versandt der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.  
 H. Kallmann, Köln-Nippes Bülwatz. 17.  
 Mein einziger Pinsel- und Bürstfabrik Koch & Benckmann hat seit 1. März beginn. 1. April einen neuen Wertmeister der mit wertvollen Pinseln und Bürsten versehen ist. Bei persönlichen Besuchen Wertmeister Schenkung. Wertmeister Koch & Benckmann hat seit 1. März an die Expedition der „Holzarbeiter“ abgeben.

**Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.**  
**TAGES-KURSE FÜR SCHREINER**  
 (14 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechn., gewerbli. Gesetzeskde., Stil- u. Formcal. Mat., Werkz., Maschinenzkde., Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-ZRUEPFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottestr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

**Eingelegte Journiere für Nähtische, Schatullen und Füllungen.**  
 Auftragsarbeiten gegen 20 Pf. in Briefmarken. Beständige Anfertigungsgewissen.  
 Gustav Müller, Bergstr. 7, Heideberg, Dattelnstraße 7.

**Tüchtiger Schreiner** mit der Berechtigung zur Ausübung von Leistungen gesucht. Altshausener Dinter, Biberach a. N. (Württ.)  
**Tüchtiger Maschinenführer** gesucht. Auskunft gibt Kollege Fritz Bogelsang, Dornbrück, Petersburgerweg 21.

**364 Mark** ist der Höchstbetrag des Krankengeldes, welches die Krankengeldzuschüsse des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Sitz Köln, Palmstr. 14, gewährt. Aufnahmegebühr in all. Klassen 50 Pf.

Wöchentlich Beitrag	in Klasse I	20 Pf.
	in Klasse II	30 Pf.
	in Klasse III	45 Pf.
	in Klasse IV	55 Pf.
Tägliches Krankengeld	in Klasse I	75 Pf.
	in Klasse II	110 Pf.
	in Klasse III	165 Pf.
	in Klasse IV	200 Pf.

Bezugsberechtigt ist jeder nach 12 Wochen Mitgliedschaft, 26 Wochen lang.  
 Aufnahme findet jedes Verbandsmitglied, welches zur Zeit nicht chronisch krank und nicht über 40 Jahre alt ist.  
 Mitglieder anderer Krankenkassen finden die günstigsten Uebertrittsbedingungen.  
**Jeder sollte Mitglied werden.**